

„Es kommt darauf an, sie zu verändern“

12 Studien decken auf, was in der
EU falsch läuft

Autor: Daniel Eppler
Herausgeber: Martin Schirdewan



Impressum

Druck:

Basis-Druck GmbH, Duisburg
1. Auflage, 1.000 Exemplare, November 2023
Klimaneutraler Druck

Bildnachweise:

Seite 11, flickr / Omar Bárcena – CC BY-NC 2.0
Seite 13, flickr / Songkran – CC BY-NC-SA 2.0
Seite 16, flickr / Philip Eichler – CC BY-NC 2.0
Seite 25, cartoonmovement.com / Gary Waters
Seite 27, cartoonmovement.com / Daniel Garcia

Herausgegeben von:

Martin Schirdewan

Europäisches Parlament
ASP 1H162
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel

Tel.: 0032 228 45667
E-Mail: martin.schirdewan@ep.europa.eu

www.martin-schirdewan.eu
www.left.eu



Inhalt

Vorwort von Martin Schirdewan	5
Die Amazon Methode von Richard Phillips, Jenaline Pyle und Ronen Palan	6
Digitaler Euro von Tristan Dissaux, Nicolas Franka, Jézabel Couppey-Soubeyran und Maxime Duval	8
Disziplin und Strafe von Emma Clancy	11
Wer profitiert von der Lebensmittelkrise? von Dr. Sophie van Huellen und Dr. Tomaso Ferrando	14
Die Auswirkungen einer Finanztransaktionssteuer auf die wirtschaftliche Erholung und die Finanzstabilität von Yago Álvarez Barba	16
Geldwäsche im Glücksspielsektor der Europäischen Union von Michael Findeisen und Sandro Mattioli	19
Inflation in Deutschland von Markus Nabernegg, Steffen Lange und Nikolaus von Andrian	22
Krisengewinner und die Finanzierung der Krisenbewältigung von Christoph Trautvetter und David Kern-Fehrenbach	24
Plattformversagen von Murray Cox und Kenneth Haar	27
Gewinnverschiebung von Petr Janský	30
Dynamiken der radikalen Rechten im Europäischen Parlament von Daniel Eppler	32
Übergewinnsteuer von Evgeniya Dubinina, Javier Garcia-Bernardo, Petr Janský	34



Als moderne, sozialistische Gerechtigkeitspartei haben wir den Grundsatz, unsere Politik an einer genauen Analyse der existierenden Bedingungen auszurichten.



Liebe Leserinnen und Leser,

„Es kommt darauf an, sie zu verändern“ Das war das Motto des Parteitages, auf dem ich 2022 zum Ko-Vorsitzenden der LINKEN gewählt wurde. Für positive Veränderung für die Vielen kämpfe ich seitdem als Parteivorsitzender und seit 2019 als Fraktionsvorsitzender von THE LEFT. Aber auch fachpolitisch mache ich seit vielen Jahren als Europaabgeordneter gemeinsam mit meinem Team Politik für die Menschen. Schwerpunkte der letzten Jahre waren dabei unter anderem Digital-, Steuer- und Finanzpolitik. Ich lege mich mit den großen Konzernen an, die aus den Krisen unserer Zeit übermäßige Profite geschlagen haben. Wir müssen endlich eine gerechtere Verteilung wagen.

Als moderne, sozialistische Gerechtigkeitspartei haben wir den Grundsatz, unsere Politik an einer genauen Analyse der existierenden Bedingungen auszurichten. Das hat auch schon der Urheber des Eingangszitats, Karl Marx, gewusst, als er zu seiner Zeit für einen wissenschaftlich fundierten Sozialismus eintrat.

Was schon damals richtig war, ist heute nicht einfacher geworden. Gerade das moderne Wirtschafts- und Finanzsystem ist hochkomplex, die (Zusammenhänge und) Auswirkungen für die Menschen sind auf den ersten Blick oft undurchsichtig. Und doch – und auch das zeigt diese Broschüre – befinden sich hier zentrale Stellschrauben für eine gerechtere Gesellschaft. Um Armut und Ungerechtigkeit zu bekämpfen, müssen wir dahin, wo es undurchsichtig ist: in die Welt der großen Konzerne und Superreichen, der Geldwäsche und Gewinnverschiebung, der Steueroasen und Börsenspekulationen – rein in das moderne Wirtschafts- und Finanzsystem.

Meine europäische Fraktion THE LEFT, die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brüssel und ich, als Teil der Linken im Europäischen Parlament, haben in den letzten Jahren viele Studien in Auftrag gegeben, die sich mit aktuellen Krisen und den Themen der europäischen Politik auseinandersetzen. Dafür arbeiten wir mit Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und Aktivist*innen zusammen, die uns mit ihrer Expertise wichtige Einblicke ermöglichen. Sie analysieren präzise den Status Quo und diskutieren verschiedene politische Maßnahmen. Die Studien geben uns Grundlagen für gute Argumentationen sowie die inhaltliche Ausgestaltung unserer politischen Ideen. Gemeinsam zielen wir auf Veränderung ab, denn so wie es ist, kann es nicht bleiben. Das zeigen nicht zuletzt die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine und die verheerende Lebenskostenkrise der letzten Jahre.

Nun haben wir zwölf dieser Studien erstmalig in einer Broschüre zusammengefasst. Detaillierte Problemanalyse, empirische Untersuchungen und politische Empfehlungen wurden auf wenigen Seiten pro Studie aufgearbeitet und geben einen ersten Überblick. Schon das ist ein erster Schritt gegen die Undurchsichtigkeit, von der die großen Konzerne und Superreichen profitieren. Nehmen wir also die Ungerechtigkeit des Wirtschafts- und Finanzwesens gemeinsam unter die Lupe.

Damit wir verstehen, um verändern zu können.

Euer Martin Schirdewan

Die Amazon Methode

Wie das internationale Staatssystem ausgenutzt werden kann, **um Steuern zu vermeiden.**

von Richard Phillips, Jenaline Pyle und Ronen Palan

Ein multinationales Riesenunternehmen wie Amazon zu analysieren, ist nicht einfach: intransparente Geschäftsberichte, zahllose Tochterunternehmen auf der ganzen Welt und ausgeklügelte Strategien zu Steuervermeidung und Gewinnmaximierung. Die Autor*innen nähern sich dem Großkonzern mithilfe neuester Methoden. Sie legen die komplexen Strategien offen, mit denen Amazon eine derartige Marktmacht und Vermögenskonzentration durchsetzen konnte.

Multinationale Unternehmen und Steuergerechtigkeit

Multinationale Unternehmen (MNU) sind ein Phänomen des zeitgenössischen, globalisierten Kapitalismus. Eine sehr geringe Anzahl an MNU kontrollieren erhebliche gesellschaftliche Ressourcen und spielen eine zentrale Rolle bei Innovationen sowie der Schaffung und Verteilung von Wohlstand. Um den Status Quo zu sichern, nehmen sie erheblichen Einfluss auf staatliche Institutionen. Sie nutzen bestehende Regel- und Rechtssysteme aus, um Steuern zu umgehen und sorgen so für nie dagewesene Vermögenswerte bei ihren Eigentümer*innen. MNU in ihrer heutigen Form stehen konträr zur Idee der Umverteilung durch Steuern. Obwohl sie selbst von der gesellschaftlichen Infrastruktur abhängen, die durch Steuern finanziert wird, leisten MNU häufig keinen gerechten Beitrag. Steuervermeidung widerspricht nicht nur gesellschaftlicher Solidarität, sondern ist auch ein unfairer Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen wirtschaftlichen Akteur*innen.

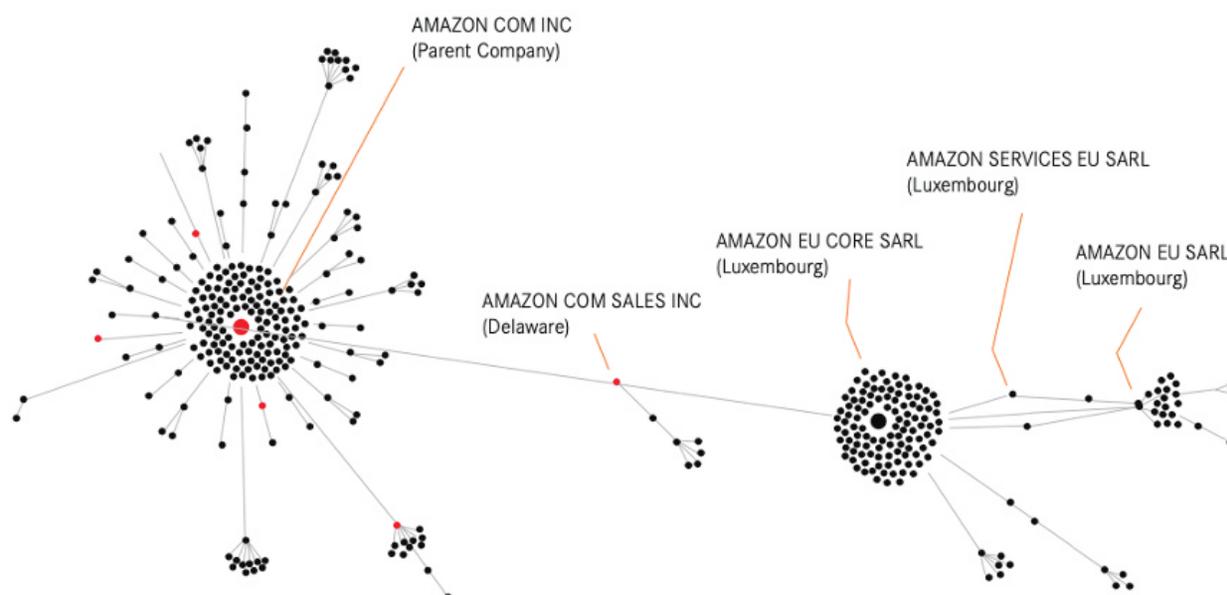
Amazon ist dabei ein besonders dreist agierendes Unternehmen, das in vielen Ländern trotz hoher Steuersätze kaum Abgaben leistet. Das führt schnell zu Marktdominanz und der Verdrängung von Konkurrenz bei der Erschließung neuer Märkte. Amazons Machtkonzentration ist nicht zuletzt

am Vermögen von CEO und Hauptaktionär Jeff Bezos erkennbar, das im Oktober 2023 mehr als 150 Mrd. USD betrug.

Wer ist Amazon?

Auch wenn es immer noch das zentrale Geschäftsfeld des Konzerns darstellt, ist Amazon schon lange mehr als ein Online-Versandhandel. Amazon vertreibt eigene Produkte, unterhält einen Streaming-Dienst und ist auch im Bereich Künstlicher Intelligenz führend. Eine überaus wichtige Sparte sind außerdem Cloud-Dienstleistungen unter dem Label Amazon Web Services (AWS). Vor allem ist Amazon aber keine einheitliche juristische Person, sondern ein riesiges Geflecht an Unternehmen mit komplexen Eigentums- und Beteiligungsstrukturen auf der ganzen Welt. Amazons Tochterunternehmen sind eigene juristische Personen, die Vermögen verwalten und Verträge abschließen. Zusammen genommen ergeben sie das, was gemeinhin unter dem Amazon-Konzern verstanden wird. Erst diese Komplexität ermöglicht Arbitrage-Praktiken. Dabei handelt es sich um Vorgehensweisen, die Regelungslücken, Schlupflöcher und sonstige Leerstellen in den Steuersystemen unterschiedlicher Länder ausnutzen, um die eigene Steuerlast zu reduzieren. Die Grundlage legen die Firmensitze in verschiedenen Bundesstaaten der USA, in denen effektive Transparenzvorschriften fehlen. Hinzu kommen etliche Niederlassungen in Staaten, die als Steueroasen und Schattenfinanzplätze gelten. Die Autor*innen zeigen mithilfe des Equity Mappings nun, dass Amazon und seine Tochterunternehmen nicht nur, wie in den eigenen Berichten angegeben, von Delaware und Texas aus geleitet werden, sondern auch Luxemburg eine wichtige Rolle für das Unternehmen spielt. Alle drei Standorte sind für niedrige Steuerniveaus und umfassende Arbitragemöglichkeiten bekannt.

EQUITY-MAPPING DER ÜBER LUXEMBURG KONTROLLIERTEN BETEILIGUNGEN



Amazons Steuerstrategie

Anders als bisher vermutet, ist Luxemburg nicht nur für das europäische Geschäft des Konzerns zentral. Amazons Niederlassungen in Luxemburg kontrollieren ca. 69% aller internationalen Tochtergesellschaften, auch der außereuropäischen. Drei Unternehmen sind besonders wichtig: ‚Amazon Europe Core Sarl‘, ‚Amazon Services Europe Sarl‘ und ‚Amazon EU Sarl‘. Auffällig bei der Datenanalyse ist zunächst, dass sich das Auslandsgeschäft von Amazon scheinbar signifikant von den Geschäften in den USA unterscheidet. Anhand der Unternehmensberichte zeigen die Autor*Innen, dass das Auslandsgeschäft sehr konstant sowohl Verluste als auch unbesteuerbare Gewinne einbringt. Über Verschiebungen zwischen den Tochterunternehmen sammeln sich sowohl Gewinne als auch Verluste in den luxemburgischen Firmen. Die dortige Steuergesetzgebung macht es möglich, Gewinne mit einem sehr niedrigen Steuersatz in das Unternehmen zu reinvestieren. Dies nutzt der Konzern, um die Gewinne aus seinem internationalen Geschäft nicht in die USA rückführen zu müssen und dort besteuert zu werden. Diesen Zusammenhang hat auch schon die EU-Kommission in einem Verfahren gegen den Konzern erkannt und Amazon deshalb zu einer Geldbuße verurteilt. Der Blick der Kommission war dabei jedoch zu eng und die Akkumulation von Verlusten wurde ausgeblendet. Die Autor*innen gehen dem nach: „Alle vorliegenden Daten deuten darauf hin, dass luxemburgische Tochtergesellschaften zur Verlustakkumulation im Auslandsgeschäft benutzt wurden und dass diese Verluste in einer Weise berichtet wurden, die in den USA Steuergutschriften einbrachte“. Weil sich die Unternehmensbesteuerung in den USA von anderen Ländern unterscheidet, ist es für US ansässige Unternehmen möglich, ausländische Tochtergesellschaften als sogenannte ‚Durch-

laufgesellschaften‘ einzutragen. In dem Fall wird das Tochterunternehmen quasi als Teil des Mutterkonzerns besteuert. Verluste, die im Ausland entstehen, können dann auf die Gewinne im Inland angerechnet werden, wodurch weniger Steuern gezahlt werden müssen bzw. es Steuergutschriften gibt. Die auf die Art bis 2020 geltend gemachten Auslandsverluste von Amazon betragen ca. 13,4 Mrd. USD. Das ist mehr als der Konzern in seiner ganzen Geschichte an Steuern gezahlt hat.

Fazit

Die Autor*innen halten fest, dass die Steuerzahlungen von Amazon in den USA vermutlich vernachlässigbar sind. Sie konnten zeigen, wie das über Luxemburg koordinierte Auslandsgeschäft bei der Steuervermeidung des Konzerns eine wichtige Rolle spielt. Die Daten und Unternehmensberichte sind allerdings äußerst verworren und schwer zu analysieren. Auch diese Intransparenz gehört zur Strategie des Konzerns. Es ist aber unbedingt notwendig, weitere Untersuchungen nach dem Vorbild dieser Studie durchzuführen, um gegen die Steuertricks vorzugehen. Luxemburg muss dabei nicht nur als Zentrum der europäischen Aktivität von Amazon, sondern in seiner globalen Rolle beleuchtet werden. Vor allem die Strategie der akkumulierten Verluste muss stärker erforscht werden, da die Autor*innen Hinweise gefunden haben, dass auch

Richard Phillips, Jenaline Pyle und Ronen Palan arbeiten als Wissenschaftler*Innen an der City, University of London.

Die vollständige Studie: <https://www.martin-schirdewan.eu/steuervermeidung-die-methode-amazon/>

Digitaler Euro



Digitaler Euro

Ein digitaler Euro für ein besseres Währungssystem. Das Argument für eine öffentliche Option.

von Tristan Dissaux, Nicolas Franka, Jézabel Coupepy-Soubeyran und Maxime Duval

Seit 2020 lotet die Europäische Zentralbank (EZB) die Möglichkeiten für die Einführung einer digitalen Zentralbankwährung aus – eines digitalen Euro. Die Studie untersucht die bisherigen Pläne und fragt nach den Potential eines digitalen Euros für ein sicheres, inklusives und resilientes Geld- und Bezahlssystem. Die technologische Gestaltung ist dabei nicht neutral, sondern prägt die Möglichkeiten und Gefahren eines digitalen Euros. Wie der digitale Euro umgesetzt wird und welchen Interessen er nützt, sind also politische Fragen.

Das Geldsystem und seine Probleme:

Wie in der tagtäglichen Interaktion sichtbar ist, erlebt das Geldsystem seit geraumer Zeit eine rapide Digitalisierung. Die Bargeldnutzung geht zurück, bargeldloses Bezahlen, Cryptowährungen und alternative Bezahlssysteme wie PayPal werden wichtiger. Mit der Digitalisierung geht aber auch eine Privatisierung einher. Denn Bargeld ist die einzig öffentliche Form des Geldes. Es wird von den Zentralbanken kontrolliert und ist von der staatlichen Souveränität gedeckt. Jeder Mensch kann jederzeit Bargeld nutzen und damit kostenfrei, voraussetzungslos und anonym bezahlen. Dafür wird weder Elektrizität noch eine Verbindung benötigt. Viel mehr wird aber heutzutage das sogenannte Buchgeld genutzt. Dabei handelt es sich um jenes Geld, das auf unseren Bankkonten liegt, mit dem wir Überweisungen tätigen und unseren Lohn empfangen. Buchgeld ist eine elektronische Form von Geld, das von privaten Banken herausgegeben und verwaltet wird. Es ist ein Anspruch gegenüber einer privaten Bank und damit nicht risikofrei, da die Bank bankrottgehen kann. Buchgeld ist auch nicht frei zugänglich, denn es wird ein Bankkonto benötigt. Der Personenstatus muss korrekt sein und es müssen Gebühren für das Konto bezahlt werden. Als profitorientierte Unternehmen können die Banken also bestimmen, wer ein Konto eröffnen darf und damit Zugang zum einzigen digitalen Zahlungsmittel erhält. Ein Blick auf die Statistik zeigt: Nicht alle Men-

schen in der EU haben ein Bankkonto, noch weniger haben eine Karte zum Bezahlen und nutzen diese. Das betrifft vor allem ärmere Bevölkerungsschichten.

Der Trend vom Bargeld zum Buchgeld birgt Probleme: Wenn die Zentralbanken keine aktive Rolle mehr im Bezahlssystem haben, wird der Markt vor allem von wenigen großen Unternehmen dominiert und Innovation gebremst. Private Bezahlssysteme verstärken zudem soziale Ungleichheiten: Menschen mit geringem Einkommen zahlen anteilig deutlich mehr ihres Einkommens für Zahlungsdienstleistungen, wie Konto- oder Überweisungsgebühren. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene kommt hinzu, dass das Funktionieren der Wirtschaft in erheblichem Maße von privater, also nicht öffentlich kontrollierter, Infrastruktur abhängig gemacht wird. Auch hinsichtlich der entstehenden Daten bei digitalen Zahlungsmitteln gibt es Probleme des Datenschutzes und der Privatsphäre. Ein digitaler Euro kann diese Probleme verschärfen. Er kann aber auch zu einem inklusiveren und sichereren Geldsystem beitragen.

Modelle des digitalen Euro:

Modelle eines digitalen Euro unterscheiden sich vor allem anhand verschiedener Merkmale: Liegen die Verteilung und Kontrolle der digitalen Währung bei der Zentralbank oder bei privaten Intermediären, wie Banken und Zahlungsdienstleister? Je größer die Rolle der Zentralbank ist, desto mehr kann den Problemen des aktuellen Geldsystems entgegen gewirkt werden. Wie beim Bargeld haben die Nutzer*innen dann einen Haftungsanspruch gegenüber der Zentralbank und sind keinem Risiko ausgesetzt. Die Zentralbank kann auch aktiv Zugangsbarrieren abbauen und allen Menschen die Nutzung eines digitalen Euro ermöglichen. Die Profitorientierung privater Banken steht dem wiederum entgegen. Auch müsste die Zentralbank anfallende Daten nicht monetarisieren und könnte so die Privatsphäre der Nutzer*innen schützen. Die Zentralbank könnte eine kostenfreie, öffentli-

che Infrastruktur des digitalen Euro aufbauen. Diese würde Wettbewerb und Innovation im Bereich der Zahlungsdienstleistungen anregen, die Abhängigkeit von privaten Unternehmen abbauen und so das ganze Geldsystem resilienter machen.

Ein zweites Gestaltungsmerkmal ist wichtig: Müssen Nutzer*innen des digitalen Euro bei der Zentralbank oder bei privaten Banken einen Account bzw. ein Konto haben, wie beim Buchgeld? Oder ist der digitale Euro wertbasiert? Dann wird mit digitalen Tokens, also einzigartigen Datensätzen, gehandelt, die einen eigenen Wert besitzen. Accounts sind auf Identifizierung beispielsweise über ein anerkanntes Dokument oder eine Wohnadresse angewiesen. Das könnte ein Problem beispielsweise für wohnungslose Menschen, Geflüchtete oder Migrant*innen darstellen und diese von der Nutzung des digitalen Euros ausschließen. Ein wertbasiertes System ist nicht auf Identifikation angewiesen und erhöht damit die Zugänglichkeit. Für die Nutzung würden dann lediglich universell einsetzbare Zahlungsgeräte beispielsweise Chipkarten günstig zur Verfügung gestellt werden. Eine solche Technologie könnte von der Zentralbank entwickelt und in möglichst vielen Geschäften angeboten werden. Die Möglichkeit der anonymen Bezahlung öffnet allerdings Türen für kriminellen Missbrauch. Die Autor*innen schlagen deshalb ein gestaffeltes Identifikationssystem vor, das für account- oder wertbasierte Modelle funktioniert. Für eine erste Nutzung mit kleinen Beträgen soll beispielsweise eine Handynummer oder Emailadresse reichen. Mit mehr Identifikationskriterien erhöhen sich dann die Limits für gehaltenes Vermögen und Zahlungen.

Welchen digitalen Euro wollen wir?

In den aktuellen Diskussionen und ersten Vorschlägen der EZB ist vor allem der Einfluss der Finanz- und Bankenlobby sichtbar. Präferiert wird ein accountbasierter digitaler Euro, der über private Banken vermittelt wird. Das ist wenig innovativ und der gesellschaftliche Nutzen bleibt gering. Dass jedoch auch eine andere Vision des digitalen Euro möglich ist, zeigen die Autor*innen. Direkte Accounts bei der EZB würden Möglichkeiten für mehr Inklusion, Datenschutz und Resilienz schaffen und auch wertbasierte Ansätze könnten integriert werden.

Darüber hinaus ermöglicht der digitale Euro ganz neue politische Maßnahmen. In Krisenzeiten könnten die Zentralbanken direkt auf Haushalte und Unternehmen einwirken und sind dabei nicht auf Banken und andere Akteur*innen angewiesen. Mit direkten Geldtransfers, sogenanntem Heliko-

Linke Kräfte müssen diese progressive Idee eines digitalen Euro aufnehmen und voranbringen.

ptergeld, könnte Konsum angeregt und eine Rezession abgewendet werden. Zudem kann ein digitaler Euro auch im Sinne der sozial-ökologischen Transformation genutzt werden. Er kann so programmiert werden, dass nur bestimmte Käufe damit getätigt werden können, beispielsweise anhängig von der Klimabilanz oder der Regionalität von Produkten. Solche Politiken liegen bisher allerdings außerhalb des Auftrags der Zentralbanken und müssten in einem umfassenden Prozess demokratisch ausgehandelt werden. Schließlich hätte der digitale Euro als Zahlungsmittel für Nicht-EU-Bürger*innen auch eine internationale Dimension. Ein regulärer, einfacher und kostengünstiger Zugang zum Finanzsystem kann insbesondere für migrantische Arbeiter*innen und in wirtschaftlich eng angebundenen Regionen von großer Bedeutung sein.

Fazit

Ein digitaler Euro kann also tatsächlich einen wichtigen Beitrag zu einer gerechteren, emanzipierten und sozial-ökologischen Wirtschaft leisten. Dazu muss er im Sinne seiner Nutzer*innen und nicht im Interesse der Banken gestaltet werden. Linke Kräfte müssen diese progressive Idee eines digitalen Euro aufnehmen und voranbringen.

Tristan Dissaux ist Fellow am Veblen Institut für Wirtschaftliche Reformen und koordiniert das Projekt ‚Digital Euro Watch‘. **Nicolas Franka** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Liège Universität und lehrt komplementäres Währungsdesign. **Maxime Duval** ist Doktorand an der Universität Paris-Nanterre und arbeitet zu der internationalen Bedeutung von digitalen Zentralbankwährungen. **Jézabel Couppey-Soubeyran** ist Ökonomin an der University of Paris.

Die vollständige Studie auf Englisch: <https://left.eu/issues/publications/a-digital-euro-for-a-better-monetary-system>



Disziplin und Strafe

Das Ende des Weges für den Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU

von Emma Clancy

Die EU ist seit ihrer Gründung zuallererst ein wirtschaftspolitisches Projekt. Ihre Mitgliedstaaten sind stark von der vorherrschenden neoliberalen Wirtschaftstheorie beeinflusst. Insbesondere der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) der Europäischen Union verankert diese Ideologie ganz grundsätzlich in der EU. Die Autorin der Studie widmet sich dem SWP, zeigt seine fatalen Auswirkungen auf und macht Vorschläge für eine alternative, progressive Politik.

Geschichte des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Der Maastrichter Vertrag von 1992 legte erstmals neoliberale Haushaltsvorschriften für die Länder im Euro-Raum fest, obwohl Haushaltspolitik eigentlich eine nationale Angelegenheit ist. In den Folgejahren wurden Kompetenzen von den nationalen Banken zur Europäischen Zentralbank (EZB) verlagert und der wirtschaftspolitische Spielraum europäischer Regierungen weiter eingeschränkt. 1997 wiederum wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt zum gelten-

den EU-Recht und wertet bestimmte Vorschriften auf alle EU-Mitgliedstaaten aus. Die umstrittene Idee hinter dem SWP besagt: Damit die Preise stabil bleiben und Inflation begrenzt werden kann, müssen Staatsverschuldung und Haushaltsdefizit deutlich eingeschränkt werden. Die Staatsverschuldung der Mitgliedstaaten darf höchstens 60% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen. Die jährliche Neuverschuldung darf höchstens bei 3% des BIP liegen. Zwei nachfolgende Gesetzespakete („Sixpack“ 2011 und „Two-pack“ 2013) regeln darüber hinaus die Konsequenzen im Falle eines Regelverstoßes. Gegenüber Mitgliedstaaten können umfassende Struktur- und Sparprogramme verordnet werden, wenn sie die Regeln des SWP nicht einhalten. Auch die Kontrolle und Beaufsichtigung der Haushaltspolitik durch die Europäische Kommission wurden gestärkt. Seit der Einführung des Europäischen Semesters 2011 werden die nationalen Haushaltspläne zunächst durch die Kommission überprüft, ggf. geändert und genehmigt, bevor die nationalen Parlamente sie verabschieden. Mit dem Fiskalpakt 2013 verankerten die Mitgliedstaaten die Schuldengrenzen

Disziplin und Strafe

und Spardiktate darüber hinaus in ihren nationalen Verfassungen. Der SWP ist seit jeher hart umstritten. Die Autorin zeichnet die Kritik detailliert nach:

Förderung von Ungleichheit und Willkürlichkeit des SWP

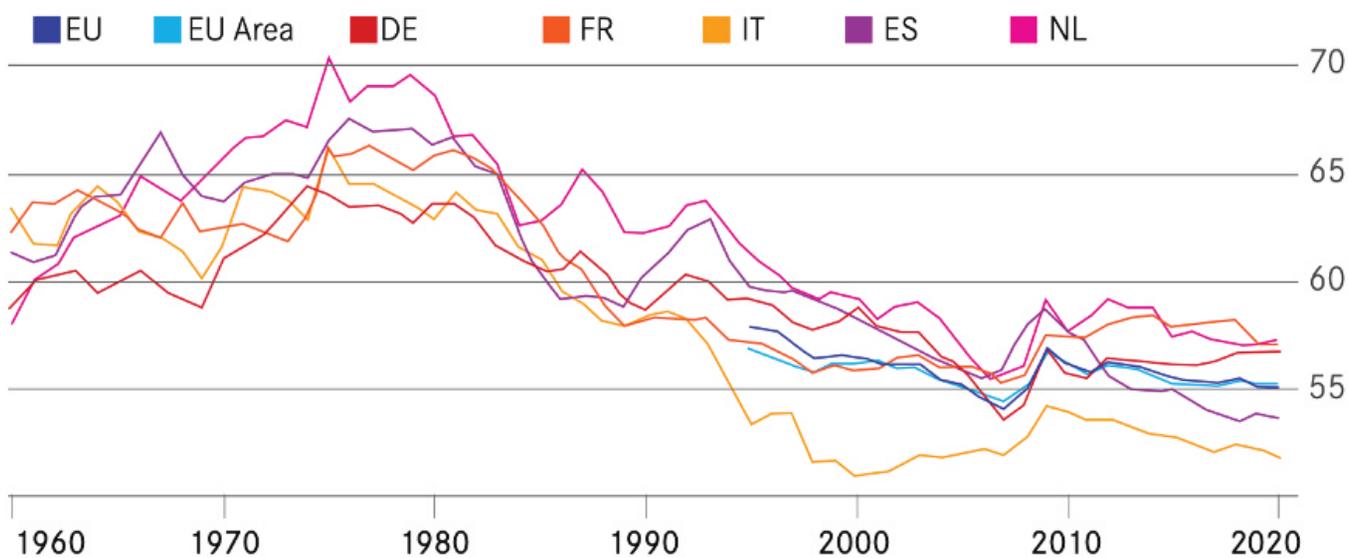
Eigentlich kann ein Staat mit Steuern und eigenen Ausgaben Konjunkturschwankungen korrigieren. Der Staat investiert, um Wirtschaftskrisen oder wachsende Ungleichheit zu bekämpfen. Der SWP schränkt diese Möglichkeiten allerdings stark ein. Er verhindert bestimmte staatliche Investitionen und Umverteilungsmaßnahmen wie den Ausbau von Sozialprogrammen, öffentlichen Dienstleistungen und der Daseinsvorsorge. Zusätzlich werden die Staaten immer wieder zu neoliberalen Reformen aufgefordert: „Begrenzung des Lohnwachstums; Erhöhung des Renteneintrittsalters; Privatisierung staatlicher Unternehmen und Einrichtungen der Gesundheitsversorgung; Förderung längerer Arbeitszeiten; Forderungen nach einem Abbau der Beschäftigungssicherheit; und Mittelkürzungen für Sozialdienste“. Die Politik hinter dem SWP führt zu einer Umverteilung von unten nach oben, wodurch die Ungleichheit innerhalb der EU wächst. „Eine solche Konzentration von Wohlstand führt unweigerlich auch zur Konzentration von Macht und zu Auflösungserscheinungen in einer Demokratie“.

Am SWP wird auch kritisiert, dass Verstöße willkürlich geahndet werden. Beispiele zeigen, dass sich die mächtigen und politisch einflussreichen EU-Staaten, insbesondere Deutschland und Frankreich, den Konsequenzen des SWP entziehen. Kleinere Mitgliedstaaten geraten dagegen massiv unter Druck. Hier hat der SWP erhebliche Auswirkungen auf sensible, nationale Politikbereiche wie Renten- und Gesundheitspolitik.

Widerlegte Theorie des SWP

Die Autorin kritisiert weiter die sogenannte Vertrauenstheorie, die dem SWP zugrunde liegt. Ein Staat solle in Krisenzeiten seine Ausgaben kürzen und Schulden verringern, um das Vertrauen in die Märkte wiederherzustellen und private Investitionen anzuregen. Dabei ist diese Spar- und Kürzungspolitik (Austeritätspolitik) schon im frühen 20. Jhd. gescheitert und verstärkt eher noch die wirtschaftliche Krise. Auch die Sparmaßnahmen im Zuge der Weltwirtschaftskrise 2008 haben den Abschwung verstärkt und verlängert. Der Staat müsste im Gegenteil dazu in der Krise eigentlich verantwortungsvoll investieren und den Verpflichtungen gegenüber seiner Bevölkerung nachkommen. Doch die EU sorgt mit dem SWP auf der einen Seite dafür, „dass öffentliche Investitionen und Ausgaben heruntergefahren werden, [...] auf der anderen Seite [ermöglicht sie] massive Steuer-

EU-LÖHNE SIND ZURÜCKGEGANGEN: VERHÄLTNISS LÖHNE ZU BIP IN %



Quelle: AMECO, zusammengestellt von Valentina Romei für die Financial Times.

vermeidung multinationaler Unternehmen und nimmt somit Regierungen die Möglichkeit dringend erforderlicher Einnahmen“.

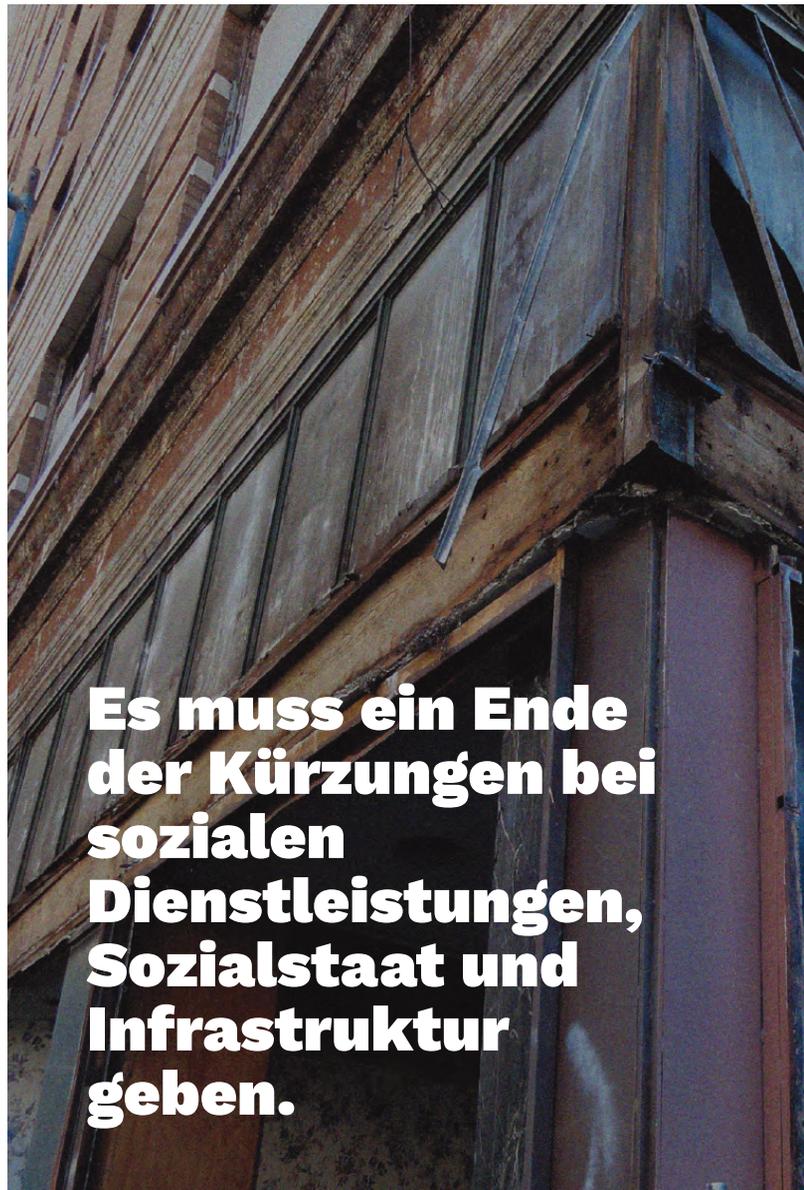
Anders als es Neoliberale behaupten, ist Staatsverschuldung nicht automatisch schlecht, sofern der Staat seine Schulden bedienen kann. In der Krise 2008/09 wird dies deutlich. Die EU erlebte trotz jahrelanger Sparpolitik genau das, was der SWP eigentlich verhindern sollte: eine infektiöse Staatsschuldenkrise. Diese wurde aber nicht durch eine „verschwenderische“ Politik der peripheren EU-Staaten verursacht. Erst die vorgeschriebene Rettung des Bankensektors und das Versagen der EZB führte zu explodierenden Schulden. Die Kreditbedingungen für die Krisenstaaten waren schlecht und die neoliberalen Strukturreformen verstärkten den Abschwung.

Probleme in der Währungsunion

Der SWP muss zudem im Kontext der Währungsunion gesehen werden. Die gemeinsame Währung macht es für einzelne Staaten unmöglich, ihre Währung strategisch abzuwerten, um die Exportwirtschaft zu stärken. Die Exportförderung und Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit können die EU-Mitgliedstaaten nur über Lohnzurückhaltung bzw. Lohndrückerei erreichen. Niedrige Löhne senken so die Preise für den Export. Die Anwendung der Strategie wird im Rückgang der Löhne im Vergleich zum BIP sichtbar. Die Gesetze der sogenannten Agenda 2010 waren in Deutschland dabei die Krönung eines langjährigen Prozesses. Seit den 1990er Jahren sind die Lohnstückkosten, also die Arbeitskosten für die Herstellung eines Produktes, in Deutschland nicht mehr gestiegen. Was auf der einen Seite deutsche Produkte günstig und Deutschland zum „Exportweltmeister“ machte, trieb auf der anderen Seite viele Arbeitnehmer*innen in Prekarität und Armut. In den restlichen EU-Staaten sorgte das Handelsungleichgewicht wiederum für eine stagnierende Wirtschaft. Das führt letztlich zu einer verringerten Nachfrage und auch in Deutschland zu Stagnation. Da der SWP staatliche Investitionen unterbindet, kann diesem Prozess kaum etwas entgegengesetzt werden.

Fazit

Der SWP führte nicht zu Stabilität und Wachstum und konnte die Schuldenkrise in der EU nicht verhindern. Stattdessen fördert er Umverteilung von unten nach oben sowie den Abbau von Arbeitnehmer*innenrechten und sozialstaatlichen Sicherheiten. Immer wieder warnen internationale Organisationen (wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und die OECD), die politische Linke und zivilgesellschaftliche Akteur*innen vor diesen Auswirkungen. Trotzdem hielt die EU bisher an der Sparpolitik fest.



Es muss ein Ende der Kürzungen bei sozialen Dienstleistungen, Sozialstaat und Infrastruktur geben.

Doch im Zuge der Corona-Krise startete ein Überprüfungsprozess, der von der politischen Linken genutzt werden muss. Der SWP und das Europäische Semester müssen nicht nur gelockert, sondern abgeschafft werden. Die ökologische und digitale Transformation muss durch demokratisch koordinierte, öffentliche Investitionen gestaltet werden. Es muss ein Ende der Kürzungen bei sozialen Dienstleistungen, Sozialstaat und Infrastruktur geben. Die Linke muss Widerstand gegen Lohndrückerei und Arbeitsmarktflexibilisierungen leisten und die Erzählung des „Exportweltmeisters Deutschland“ entkräften. Weg von einem Europa des Wettbewerbs und der Konkurrenz, hin zu einem Europa der Zusammenarbeit und Kooperation.

Die Autorin **Emma Clancy** hat bis 2020 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) im Europäischen Parlament gearbeitet. Derzeitig promoviert Emma Clancy an der University of Technology Sydney zur Regulierung von Künstlicher Intelligenz.

Die vollständige Studie: <https://www.martin-schirdewan.eu/disziplin-und-strafe>

Wer profitiert von der Lebensmittelkrise?

von Dr. Sophie van Huellen und Dr. Tomaso Ferrando

Die extremen Preissteigerungen für Energie und Lebensmittel (insbesondere Weizen) seit 2022 sind desaströs für große Teile der europäischen (und globalen) Bevölkerung. Sie haben „zu einer raschen Verschärfung der bereits bestehenden Ernährungsarmut und -unsicherheit beigetragen, aber auch Hunderttausende zusätzlich in die Gruppe der Ernährungsunsicheren auf dem gesamten Kontinent geführt“. Gleichzeitig haben große Lebensmittelkonzerne Rekordprofite gemacht und hohe Dividenden an ihre Aktionär*innen ausgeschüttet. Die Autor*innen gehen der Frage nach, wer auf welche Weise von der Lebensmittelkrise profitiert. Dazu betrachten sie vier große europäische Lebensmittelkonzerne und ihr Verhalten in den letzten Jahren. Die Studie zeigt, dass es sich nicht wie häufig behauptet um eine Versorgungskrise handelt, sondern um eine Preiskrise. Sie decken die Funktionsweise eines hochgradig dysfunktionalen Ernährungssystems auf.

Marktmacht der großen Lebensmittelkonzerne

Eine zentrale Rolle im Ernährungssystem spielen natürlich die Landwirt*innen. Insgesamt ist ihr Anteil am Gewinn im Ernährungssystem in Europa und global allerdings sehr gering. Die Profiteure des Ernährungssystem sind andere: Düngemittelproduzenten wie die beiden deutschen Großkonzerne ‚Bayer‘ und die ‚K+S Group‘, Konzerne aus dem Bereich Handel und Verarbeitung, wie ‚Cargill‘ aus den USA oder ‚Dreyfus‘ aus Frankreich, die großen Markenkonzerne wie Nestlé oder Danone und die Einzelhandelsketten wie die Schwarz Gruppe (u. a. Lidl und Kaufland) oder die Rewe Group (u. a. Penny und Billa). Zwischen den Gruppen gibt es mittlerweile immer mehr Überschneidungen und für alle Bereiche gilt, dass wenige große Unternehmen den Markt beherrschen. So kontrollieren beispielweise vier Konzerne 75-90% des globalen Handels mit Getreide und haltbaren

Lebensmitteln und Unternehmen wie Nestlé oder Danone halten jeweils unzählige Markennamen. In den Jahren 2021 und 2022 haben sich die Preise für Energie, Düngemittel und Getreide und somit die Kosten für die Lebensmittelkonzerne stark erhöht. Aufgrund ihrer Marktmacht können die Unternehmen die Kostensteigerungen aber sehr einfach an ihre Kund*innen weitergeben, indem sie wiederum ihre Preise erhöhen. So tragen schließlich vor allem die Verbraucher*innen die Kosten. Die großen Konzerne fuhren hingegen sogar Rekordgewinne ein. Die wissenschaftliche Analyse von vier großen Lebensmittelkonzernen (Nestlé SA, Danone SA, Südzucker AG und K+S Group; teilweise ergänzt durch Daten der Lois Dreyfus Company und Schwarz Gruppe) zeigt: Mit den steigenden Weltmarktpreisen für Getreide und Düngemittel steigen auch die Profite der Unternehmen. „Der Gewinnanstieg ergibt sich in erster Linie aus der Strategie, den prozentualen Anstieg der Kosten mit einem gleich hohen prozentualen Anstieg der Profite auszugleichen“. Diese Strategie funktioniert nur, wenn alle Unternehmen aus einem Segment sie anwenden und sich darauf verlassen, dass die anderen es ebenso tun. Die Verbraucher*innen bezahlen mit den hohen Preisen also nicht nur die gestiegenen Kosten, sondern auch die steigenden Profite der Unternehmen. Um das Ernährungssystem wirklich zu verstehen, muss der Blick aber auf den Finanzmarkt gelenkt werden, dessen Rolle immer wichtiger wird.

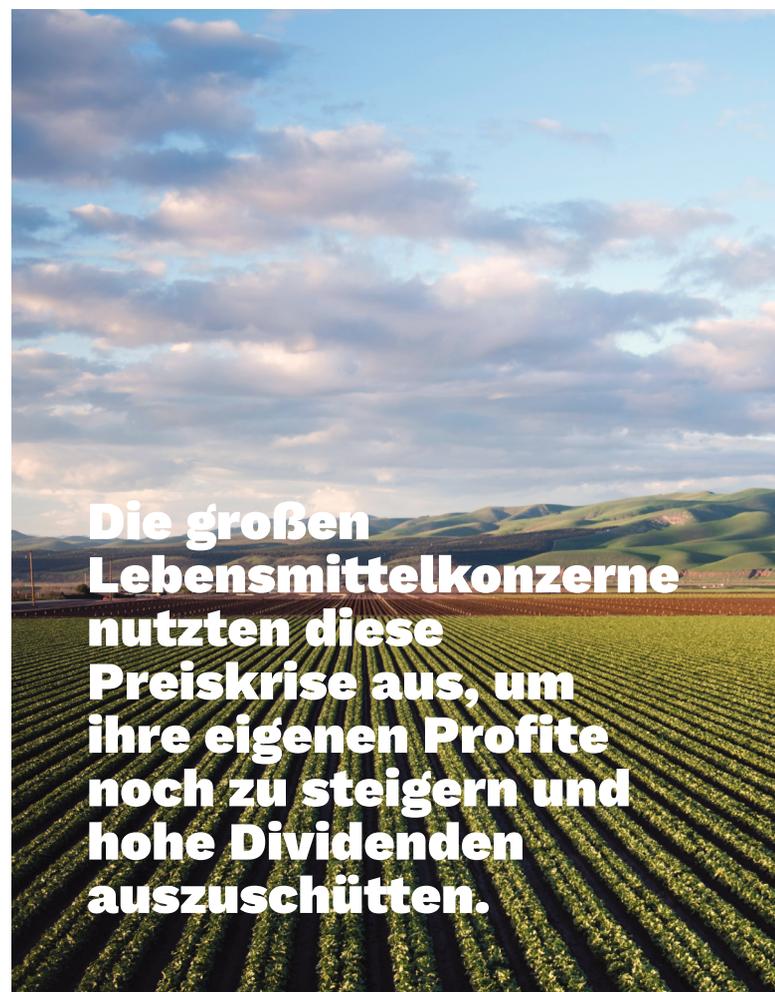
Derivatehandel und Lebensmittelspekulation

Rohstoffe wie Getreide werden schon lange an der Börse gehandelt. Mit sogenannten Derivaten sichern sich Landwirt*innen und Händler*innen gegen Ernteausfälle und Preisschwankungen ab. Dabei wird noch vor dem eigentlichen Kauf festgelegt, wann und zu welchem Preis eine bestimmte Menge eines Rohstoffes gehandelt wird. Da keine

Seite gesicherte Informationen über den Weizenpreis am Verkaufstag hat, ist ein Derivat immer ein spekulatives Instrument. Stabilität und Planbarkeit kann allerdings nur erzeugt werden, wenn die Händler*innen spezifische Informationen über den spezifischen Rohstoffmarkt besitzen. Mit den Deregulierungen der Rohstoffmärkte in den frühen 2000er Jahren wurden aber vermehrt nicht-traditionelle Akteur*innen aktiv, die an der Rohstoffbörse spekulierten. Diese Spekulationsgeschäfte von Investmentbanken, Hedge Fonds, Vermögensverwaltungen und auch Kleinanleger*innen beeinflussen die Preise der physischen Waren stark und sorgen gerade in Krisenzeiten für extreme Preisspitzen. Die Autor*innen zeigen, wie mit Beginn der russischen Invasion viel Kapital in die Pariser Getreidebörse floss, die Spekulationsgeschäfte rasant stiegen und die Preise explodierten. Zwar ist die Ukraine eine wichtige Weizenproduzentin und auch andere Faktoren sorgten für eine angespannte Situation, es gab aber niemals Engpässe, die eine solche Preissteigerung erklären könnten.

Finanzakteur*innen im Ernährungssystem

Nicht nur Lebensmittelkonzerne, sondern auch spekulierende Finanzakteur*innen profitierten also von der Krise des Ernährungssystems. Doch Finanzakteur*innen agieren nicht nur als Investor*innen in Lebensmittel oder Derivate. Sie investieren auch in die großen Lebensmittelkonzerne selbst. Die großen Gewinne der Lebensmittelkonzerne werden nur zum Teil in die Unternehmen reinvestiert. Zum einen werden durch die Gewinne Schulden bei großen Banken und Kreditinstituten wie der Commerzbank, der Deutschen Bank oder der Credit Suisse getilgt. Diese Verstrickung beruht vor allem auf dem Zusammenschluss der großen Lebensmittelkonzerne mit bzw. dem Kauf von anderen Firmen. So sichern sich Konzerne wie Nestlé, der allein in der ersten Jahreshälfte 2023 25 Firmen aufkaufte, ihre Marktmacht und erweitern ihren Geschäftsbereich. Die großen Banken finanzieren diese Milliarden deals und kassieren erhebliche Gebühren und Zinsen. Auch sie profitieren also von den steigenden Gewinnen der Lebensmittelkonzerne in der Krise. Zum anderen erhalten die Aktionär*innen der Lebensmittelkonzerne Dividenden, wenn die Konzerne Gewinne verzeichnen. Alle vier untersuchten Unternehmen erhöhten 2022 ihre Dividenden und schütteten insgesamt 3,1 Mrd. EUR aus. Die meisten Aktien von Nestlé, Danone und der S+A Group werden von Vermögensverwaltungen und Hedge Fonds gehalten, gefolgt von Staats- und Pensionsfonds. Genauer ist der größte Shareholder von Nestlé, Danone und der K+S Group das Unternehmen BlackRock, die größte Vermögensverwaltung weltweit. Auch die Vermögensverwaltung Vanguard ist in der Lebensmittelbranche stark vertreten. Allein an diese beiden Unternehmen flossen 2022 536,8 Mio. EUR und 243,8 Mio. EUR an Dividenden. Sie sind also die größten Profiteure der steigenden Preise und der Lebenskostenkrise.



Fazit

Die Lebensmittelpreise sind 2021 und 2022 nicht aus einem Mangel heraus angestiegen. Vielmehr sind Spekulationsgeschäfte an den Rohstoffbörsen für die explodierenden Preise verantwortlich. Die großen Lebensmittelkonzerne nutzten diese Preiskrise aus, um ihre eigenen Profite noch zu steigern und hohe Dividenden auszuschütten. Am Ende profitieren jedoch große Vermögensverwaltungen, Fonds und Banken von der Krise: als Spekulant*innen an den Börsen sowie als Shareholder und Kreditgeber der großen Lebensmittelkonzerne. Die Autor*innen zeigen, dass sich das hoch konzentrierte und finanzialisierte Ernährungssystem eigentlich in einer Dauerkrise befindet. Statt akuter Symptombekämpfung in den Krisenzeiten plädieren sie für einen strukturellen Wandel im Ernährungssystem. Sie schlagen vor, die Marktmacht der großen Lebensmittelkonzerne zu brechen und die Nahrungsmittelspekulation stärker zu regulieren. Zudem müssen Maßnahmen zur Herstellung von Steuergerechtigkeit und guten Arbeitsbedingungen im Nahrungsmittelsektor ergriffen werden. Ein Ernährungssystem unter Maßgabe von ökologischer Nachhaltigkeit und Menschenrechten muss das Ziel sein.

Dr. Tomaso Ferrando ist Rechtswissenschaftler an der University of Antwerpen und **Dr. Sophie van Huellen** lehrt an der University of Manchester.

Die vollständige Studie auf Englisch: <https://www.martinschirdewan.eu/wp-content/uploads/2023/11/Who-is-profiting-from-food-crisis-2023-1.pdf>



Die Auswirkungen einer Finanztransaktionssteuer auf die wirtschaftliche Erholung und die Finanzstabilität

von Yago Álvarez Barba

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise und die Frage, wer die Kosten dafür trägt, haben eine Debatte in der EU neu entfacht: jene um die sogenannte **Finanztransaktionssteuer (FTS)**.

Finanztransaktionssteuer

Die Studie zeigt, wie sich die Diskussionen um eine FTS in der EU entwickelt haben und wo sie derzeit stehen. Außerdem überprüft der Autor die Wirksamkeit verschiedener Modelle einer solchen Steuer und diskutiert ihre Auswirkungen.

Erfolgreiches Lobbying gegen eine Finanztransaktionssteuer

Die Idee einer Steuer auf finanzielle Transaktionen ist nicht neu. Schon die Ökonomen John Maynard Keynes und James Tobin schlugen in den Krisenzeiten der 1930er bzw. 1970er vor, Finanzgeschäfte so zu besteuern. Ziel war es, die Märkte zu stabilisieren und kurzfristige Spekulationen unattraktiv zu machen. Auch die Krise 2008 und 2009 machte deutlich, dass die Finanzbranche eben keine Sicherheit und Stabilität schafft. Ganz im Gegenteil produziert sie systematisch Risiken und Krisen. In weiten Teilen der Bevölkerung kam berechtigterweise Unmut auf, als diese für die Krise bezahlen musste, während die Banken mit Milliardenzahlungen gerettet wurden. In diesem Zuge brachten Aktivist*innen und die politische Linke die Idee einer FTS auf die Straße und die Agenda der internationalen Politik. Auf Druck des EU-Parlaments hin veröffentlichte die Kommission 2011 einen Entwurf.

Dieser wurde von vielen sozialen Akteur*innen, Gewerkschaften und den Regierungen einiger Mitgliedstaaten unterstützt. Daraufhin investierte die Finanzwirtschaft viele Ressourcen in Lobbyarbeit, verbreitet seitdem alarmistische Studien und warnt vor den Auswirkungen einer FTS. Auch viele Staaten, in denen der Finanzsektor von großer wirtschaftlicher Bedeutung ist, fürchten sich vor einer FTS. Gemeinsam verbreiten sie das Narrativ, dass die FTS letztlich auf die Verbraucher*innen zurückfallen und die Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität der europäischen Wirtschaft gefährden würde. Große Unternehmen anderer Sektoren positionierten sich ebenfalls gegen eine FTS, da sie eng mit dem Finanzsektor verflochten und von ihm abhängig sind. Auch die stark vom Neoliberalismus geprägten nationalen Zentralbanken und die Europäische Zentralbank (EZB) positionierten sich gegen eine FTS. Die Berichterstattung in der bürgerlich-liberalen Presse fiel dementsprechend aus: „Unzählige Artikel wiederholen die gleichen alarmistischen Ergebnisse, die

der Finanzsektor vorhergesagt hat, und Berichte, in denen ausschließlich Menschen aus dem Finanzsektor um ihre Meinung gebeten werden, sowie Meinungskolumnen, in denen die Steuer verteufelt und vor angeblich katastrophalen Folgen gewarnt wird, wenn die Steuer eingeführt wird, füllen die Seiten der Zeitungen und ihre Websites“.

Status Quo in der EU

Die Lobbyarbeit zahlt sich aus: Diskussionen und Verhandlungen seit 2011 haben die Reichweite und Effektivität der FTS-Pläne immer weiter eingeschränkt. Nach gescheiterten Verhandlungen veröffentlichten 11 Mitgliedstaaten (eine sogenannte „enhanced cooperation“) 2013 einen neuen Entwurf. Dieser hätte allerdings nur für die teilnehmenden Mitgliedstaaten gegolten und beinhaltete mehr Ausnahmeregelungen als der Kommissionsvorschlag. Doch auch die Verhandlungen der „enhanced cooperation“ verliefen erfolglos und einige Regierungen zogen ihre Unterstützung zurück. Der bislang letzte Vorstoß in Sachen FTS ist nun ein deutsch-französischer Vorschlag aus 2019. Dieser kennt jedoch besonders viele Ausnahmeregelungen, insbesondere für spekulativ genutzte Finanzinstrumente. Die Reichweite wurde nun so stark verringert, dass nach Einschätzung der Autor jede stabilisierende Wirkung sowie signifikante Steuereinnahmen verloren gingen. „Sollte sich diese Option schließlich durchsetzen, würde dies zeigen, dass die Finanzlobby diesen Kampf eindeutig gewonnen hat“.

Auswirkungen einer Finanztransaktionssteuer

Der Autor berechnet mögliche zusätzliche Steuereinnahmen in der EU durch eine FTS für jeden der drei Entwürfe. Dabei werden jeweils Szenarien zur minimalen, mittleren und maximalen Steuervermeidung durchgespielt. Während die Steuereinnahmen durch eine FTS nach Kommissionsvorschlag noch 21 Mrd. € bis 62 Mrd. € betragen würden, generiert eine Steuer nach dem Vorschlag der „enhanced cooperation“ nur noch 11 Mrd. € bis 24 Mrd. €. Die Einnahmen durch das deutsch-französische Modell liegen nur noch bei 4,8 Mrd. € bis 5,7 Mrd. € und sind damit gerade im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung der EU extrem gering.

	EC 2011 Vorschlag			EC 2013 Vorschlag			Französisch / Deutscher Vorschlag		
	Min. Vermeidung	Basis-Szenario	Max. Vermeidung	Min. Vermeidung	Basis Szenario	Max Vermeidung	Min Vermeidung	Basis- Szenario	Max Vermeidung
Einnahmen in Mrd. €	62.405	41.511	21.296	24.407	17.686	11.476	5.72	5.148	4.862
% BIP	0,46	0,29	0,15	0,17	0,12	0,08	0,041	0,037	0,034

Eine effektive FTS sollte vor allem auf den Derivatehandel, also das spekulative Werten auf sinkende oder fallende Börsenpreise, abzielen. Spekulationsgeschäfte wirken in angespannten, krisenhaften Marktsituationen destabilisierend und erhöhen die Volatilität, also das Ausmaß, in dem Preise am Markt schwanken. Renommierte Studien zeigen, dass eine FTS die Volatilität reduzieren kann, gerade durch die Einschränkungen des Derivatehandels. Sie verfehlt diese stabilisierende Wirkung aber, wenn Derivate, wie in den letzten Entwürfen, explizit aus dem Geltungsbereich der Steuer ausgenommen werden.

Kritiker*innen der FTS schüren immer wieder die Angst vor einem sinkenden Handelsvolumen als Folge der Steuer. Allerdings ist der Anstieg des Handelsvolumens der letzten Jahre vor allem auf den Derivatehandel und andere Spekulationsgeschäfte zurückzuführen: „Dass ständig Geld in die Märkte hinein- und wieder herausfließt, kommt nur denjenigen zugute, die kurzfristige Spekulationen zu ihrem Beruf machen, hat aber negative Auswirkungen auf Stabilität, langfristige Investitionen und Wirtschaftswachstum“. Ein sinkendes Handelsvolumen durch die FTS wäre in diesem Fall also sogar wünschenswert.

Statt kurzfristiger, spekulativer Geschäfte werden durch eine effektive FTS an den Finanzmärkten eher Anreize für langfristige Investitionen geschaffen. Besonders deutlich wird dies beim Hochfrequenzhandel, bei dem in Sekundenbruchteilen algorithmisch gesteuerte Transaktionen getätigt werden. Dieser Sektor der Finanzbranche beruht auf unzähligen kostengünstigen Transaktionen, ist hoch spekulativ und kurzfristig angelegt. Eine effektive FTS mit spezifischen Regeln zum Hochfrequenzhandel könnte diesen eindämmen und so insgesamt zu längeren Investitionshorizonten und weniger spekulativer Blasenbildung führen. Auch die Geschäfte der sogenannten Schattenbanken, also Finanzunternehmen, die bankenähnliche Funktionen ausüben, ohne dabei wie Banken kontrolliert zu werden, könnte eine FTS eindämmen. Schließlich muss eine FTS auch als Instrument der gerechten Umverteilung in Zeiten der Krise gesehen werden. Denn die Sparpolitik der EU-Mitgliedstaaten vergrößert die Ungleichheit in Europa immer weiter und Krisen wie die Pandemie wirken wie ein Brennglas. Studien zeigen, dass die FTS progressiv wirkt, die Steuerbelastung also mit höherem Einkommen steigt. Etwa 75% des Steueraufkommens trifft die reichsten 20%. Allein das oberste Prozent trägt 40% bei. Um diese Wirkung zu erzielen, müssen möglichst viele Länder eine FTS umsetzen. Erst dann kann auch Steuervermeidung entgegengewirkt werden.

Allerdings: All die positiven Auswirkungen können nur über eine effektive FTS gesichert werden. Je größer der Einfluss der Finanzlobby ist, je mehr Ausnahmeregelungen es gibt und je weniger spezifisch die Regeln zu Schattenbanken

Die Linke muss für eine effektive und gerechte FTS kämpfen und diese in der internationalen Politik vorantreiben.

sowie zum Derivate- oder Hochfrequenzhandel sind, desto unwirksamer wird eine FTS.

Fazit

Eine effektive FTS könnte nicht nur als Instrument der Umverteilung Krisenkosten gerechter verteilen, sondern auch die Finanzmärkte langfristig begrenzen und stabilisieren. Wird sie jedoch, wie in aktuell diskutierten Entwürfen vorgesehen, immer weiter eingeschränkt, können sich diese Wirkungen kaum bis gar nicht entfalten. Die Linke muss für eine effektive und gerechte FTS kämpfen und diese in der internationalen Politik vorantreiben. Von der EU aus müssen Impulse in G20-Verhandlungen getragen werden, um der Verantwortung des Globalen Nordens gegenüber den schwächeren Ökonomien des Südens gerecht zu werden. Eine globale FTS könnte auch über Ländergrenzen und Kontinente hinweg für mehr Gerechtigkeit und Gleichheit sorgen. Zunächst schlägt der Autor aber vor, die FTS über die „enhanced cooperation“ in der EU voranzutreiben. „Die Einführung einer FTS wäre ein erster kleiner, aber wichtiger Schritt, um den Finanzsektor in den Griff zu bekommen und ihn in den Dienst der Bürger*innen und der demokratischen Kontrolle zu stellen“.

Yago Álvarez Barba ist Wirtschaftsjournalist bei der Zeitung *El Salto* und Aktivist in verschiedenen sozialen Bewegungen zu Steuergerechtigkeit, Schulden und einem ethischen Finanzwesen.

Die vollständige Studie auf Englisch: <https://shorturl.at/dmGT4>

Geldwäsche im Glücksspielsektor der Europäischen Union

Grenzüberschreitendes **Online-Glücksspiel** als besonderer Risikofaktor

von Michael Findeisen und Sandro Mattioli

Geldwäsche

Das Glücksspiel ist ein wachsender Markt mit über 366 Mrd. USD jährlichem Umsatz. Die Digitalisierung trieb die Entwicklung dieses Sektors in den letzten Jahren stark an. Das sich stetig erweiternde Online-Angebot machte 2018 bereits ein Viertel des Umsatzes im Glücksspielmarkt aus. Die Autoren der Studie zeigen, wie sich die internationale organisierte Kriminalität das Phänomen zunutze macht und neue Wege der Geldwäsche beschreitet.

Geldwäsche und Glücksspiel

Geldwäsche bezeichnet ein Vorgehen, bei dem Gelder, die aus illegalen Aktivitäten stammen (beispielsweise aus dem Drogen- oder Waffenhandel), in den regulären Wirtschaftskreislauf eingeschleust werden, um ihre Herkunft zu verschleiern. Geldwäsche ist ein Wachstumsmarkt. In der EU wurde das Geldwäschevolumen 2022 auf 1% des europäischen Bruttoinlandsproduktes geschätzt. Die organisierte Kriminalität nutzt das Glücksspiel seit langem für ihre Zwecke. Digitale Angebote bieten nun aber ganz neue Möglichkeiten: Durch Online-Glücksspiel kann die organisierte Kriminalität viel einfacher international operieren und ihr Geld waschen – mithilfe virtueller Zahlungsmöglichkeiten, globalem Zugang und Online-Bankkonten. Hinzu kommt die Corona-Krise, die nach Angaben von Europol zu einem zusätzlichen signifikanten Anstieg von Onlinekriminalität – einschließlich des illegalen Online-Glücksspiels und der Geldwäsche – geführt hat.

Das Ziel der Geldwäscher*innen ist es, illegale Gelder möglichst kostengünstig und risikoarm in den legalen Finanzkreislauf einzubringen. Im Falle des (Online-)Glücksspiels versuchen sie, den Faktor des Zufalls zu umgehen und Gewinne und Verluste berechenbar zu machen. Das funktioniert beispielsweise durch die Manipulation computergesteuerter Spiele, die Beeinflussung von Sportereignissen, auf die gewettet wird, die Mitarbeit der Veranstalter*innen des Glücksspiels, das absichtliche Verlieren zugunsten eines*r anderen Spielenden oder die Aussteuerung von Spielrisiken, wenn zum Beispiel parallel auf Sieg und Niederlage gewettet wird. Geldwäsche kann also sowohl durch Spieler*innen, als auch durch Betreiber*innen von (Online-)Glücksspiel bzw. durch deren Zusammenarbeit erfolgen. Neben der Berechenbarkeit machen auch ineffektive Regulierungen, schnelle Umlaufgeschwindigkeiten und intransparente, anonyme Zahlungsmöglichkeiten das Online-Glücksspiel für Geldwäscher*innen attraktiv. Die häufigste Methode funktioniert folgendermaßen: „Der Geldwäscher beteiligt sich am Online-Glücksspiel, eröffnet hierfür ein oder mehrere bzw. eigene oder fremde Spielerkonten beim Betreiber des Online-Glücksspiels, platziert die illegal generierten Gelder auf dem oder den Konten als Spieleguthaben. Es erfolgt keine oder nur eine sehr eingeschränkte Teilnahme am Spiel. Zu einem späteren Zeitpunkt verlangt der In-

haber des Spielerkontos die Rückbuchung des ungenutzten Guthabens auf ein von ihm benanntes Empfängerkonto. Die vom Glücksspielveranstalter angewiesenen Gelder werden ggf. gegenüber Dritten als Gewinne deklariert“. Diese Taktik erfolgt oft über eine Vielzahl an Accounts, Identitäten, Bankkonten und Zahlungsmethoden. Vergleichbar mit den Geldwäschepraktiken im Finanzsektor erschwert die Vielzahl von (Schein-)Akteur*innen und Transaktionen die Geldströme. Ein Blick auf die Regulierung des (Online-)Glücksspiels in der EU zeigt, warum diese Form der Geldwäsche so gut funktioniert.

Regulierung von Glücksspiel

Die Regulierung von (Online-)Glücksspiel ist auf internationaler Ebene und innerhalb der EU nicht einheitlich. Somit unterscheiden sich die Gesetze zur Regulierung des Glücksspiels in den EU-Mitgliedsstaaten zum Teil erheblich, was angesichts des grenzüberschreitenden Phänomens Herausforderungen mit sich bringt. Europaweite Vorgaben zur Geldwäscheprävention und zum Glücksspiel gehen nicht genug auf das Online-Glücksspiel ein. Es gibt zwar Identifikations- und Transparenzpflichten, verschiedene Zahlungsmittel und schnelle Umlaufgeschwindigkeiten im digitalen Raum bedürfen aber gesonderter Regeln. Auch die wichtigste internationale Organisation zur Bekämpfung von Geldwäsche – die Financial Action Task Force (FATF) – wird laut der Autoren den aktuellen Entwicklungen nicht gerecht. Obwohl das Geldwäscherisiko beim Online-Glücksspiel deutlich erhöht ist, schreibt die FATF klassischen Casinos noch immer eine herausragende Rolle zu. Im Hinblick auf eine für 2022 angekündigte Reform hält die Studie fest: „Sowohl bei der Verfolgung als auch bei der Verhinderung der Geldwäsche [...] sind internationale Standards erforderlich, weil es sich bei der Geldwäsche um ein internationales Phänomen handelt, das mit der Expansion des Online-Glücksspiels [...] die Grenzen nationalen Rechts [...] überschreitet. [...] Für den EU-Raum könnte dies zumindest für die Geldwäscheprävention über die neue, im Juli 2022 zu erwartende EU-Verordnung schnell gelingen“.

Glücksspielaktivitäten der italienischen Mafia-Organisationen in Malta

Die große Notwendigkeit für Regulierungen zeigt ein Blick auf die organisierte Kriminalität in Italien: Die vier mächtigsten und bekanntesten Mafia-Organisationen Italiens, 'ndrangheta, Cosa Nostra, Camorra und Sacra Corona Unita, sind seit ihrer Entstehung eng mit dem Glücksspielmarkt verzahnt. Mit der politischen Liberalisierung des Glücksspiels in Italien gab es einen Boom für die organisierte Kriminalität: Schutzgelderpressung gegen Betreiber*innen, der eigene Betrieb illegaler Automaten, die Kreditvergabe an Spielsüchtige und schließlich die Geldwäsche werden als

Betätigungsfelder der italienischen Mafia-Organisationen im Glücksspielsektor identifiziert. „Gerade das Online-Glücksspiel ermöglicht Geldwäsche im großen Stil“. Dabei laufen Spiele besonders häufig über Server in Malta. Mit diesem Vorgehen vermeiden die Mafia-Organisationen Steuern und verschleiern die Transaktionen für die italienischen Behörden. In der Studie ausgewertete Ermittlungsverfahren zeigen, „dass alle bedeutenden mafiösen Organisationen in Italien in transnational organisiertes, kriminelles Online-Glücksspiel involviert sind“. Malta hat sich dabei als Zentrum für die Glücksspielaktivitäten der organisierten Kriminalität etabliert. Kostengünstige Glücksspiel-Lizensierung und niedrige Besteuerung sorgen dafür, dass 12% der maltesischen Wertschöpfung aus dem Glücksspiel stammen. Das ist elf Mal höher als der europäische Durchschnitt. Malta liberalisierte 2004 als erster EU-Mitgliedstaat den Glücksspielmarkt umfassend und lizenzierte grenzüberschreitende Online-Kasinos. Heute sind mehr als 300 Glücksspielanbieter in Malta ansässig. Hinzu kommt eine Begleitindustrie. „Laut dem Wirtschaftsmagazin Forbes wirtschaften rund 10% aller Glücksspielunternehmen der Welt auf Basis von Konzessionen der staatlichen Malta Gaming Authority (MAG). Auch der Sektor der Finanzdienstleistungen (insbesondere E-Geldinstitute) ist in Malta überdurchschnittlich ausgeprägt und auf den grenzübergreifenden Zahlungsverkehr im Online-Glücksspiel zugeschnitten. Verschiedene Institutionen, Whistleblower*innen und Investigativjournalist*innen bewiesen in den letzten Jahren die mangelhaften und unterwanderten Kontrollstrukturen und die Verstrickungen in die internationale, organisierte Kriminalität.“

Geldwäscheland Deutschland

Die Erkenntnisse aus den Ermittlungsverfahren der letzten Jahre reichen auch nach Deutschland, wo die Geldwäschebekämpfung besonders mangelhaft ist. Für Italien lassen sich aus verschiedenen Daten einigermaßen belastbare Schätzungen über den Umfang illegaler Aktivitäten im Online-Glücksspiel ziehen: Während das legale Glücksspiel in Italien im Jahr 2020 88,38 Mrd. EUR umgesetzt hat, wird das Volumen des illegalen Online-Glücksspiels auf 18 Mrd. EUR geschätzt, Tendenz steigend. In Deutschland fehlen für solche Schätzungen sowohl die wirtschaftlichen Daten als auch spezifische Statistiken der Strafverfolgung. Die politischen Verantwortlichen scheuen sich, entsprechende Ressourcen zu schaffen. Im Hinblick auf die beschriebenen Dynamiken des Sektors halten die Autoren fest: „Es wäre eine trügerische Hoffnung, dass Deutschland von diesem grenz-

Die EU sollte einen gemeinsamen Gesetzesrahmen entwerfen, Informationen durch entsprechende Studien beschaffen und Ressourcen zur Durchsetzung der Regulierungen ausbauen.

überschreitenden Phänomen ausgenommen wäre oder die im Glücksspiel aktive Mafia sich von den Spielenden im attraktiven deutschen Markt mit niedriger Aufsichtsdichte und geringer Strafverfolgung fernhalten würde“.

Fazit

Zur effektiven Bekämpfung von Geldwäsche im Online-Glücksspiel müssen die bestehenden Regulierungs- und Aufsichtslücken geschlossen werden. Die EU sollte einen gemeinsamen Gesetzesrahmen entwerfen, Informationen durch entsprechende Studien beschaffen und Ressourcen zur Durchsetzung der Regulierungen ausbauen. Dabei braucht es spezifische Regeln für das Online-Glücksspiel. Transaktionen müssen transparent und Spieler*innen identifiziert sein. Die Nutzung intransparenter Zahlungsmethoden und anonymer Accounts sollte unterbunden werden. Die Glücksspielbetreiber*innen müssen verpflichtet werden, Informationen an die Behörden weiterzugeben.

Michael Findeisen ist ehrenamtlicher Mitarbeiter bei den NGOs mafianeidanke e.V. und Finanzwende e.V. **Sandro Mattioli** ist Teil von mafianeidanke e.V. und Journalist im Bereich Organisierte Kriminalität.

Die vollständige Studie: <https://www.martin-schirdewan.eu/geldwaesche-im-online-gluecksspiel-in-der-eu>

Inflation in Deutschland

Energiepreise, Gewinne, und Marktmacht in unterschiedlichen Sektoren

von Markus Nabernegg, Steffen Lange und Nikolaus von Andrian

In den Jahren 2021 und 2022 erlebte nicht nur Deutschland eine außergewöhnlich hohe Preisinflation. Die Gründe dafür sind vielfältig: Störungen der globalen Lieferketten im Zuge der Corona-Pandemie, plötzliche Steigerung der Nachfrage, weil viele ihren Konsum während der Pandemie zurückhielten und schließlich steigende Energiekosten durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, die sich auf die ganze Wirtschaft ausgewirkt haben. Einen weiteren Inflationstreiber sehen einige wissenschaftliche und journalistische Untersuchungen jedoch auch in den steigenden Unternehmensgewinnen. Die Autoren liefern Zahlen dazu, wie Unternehmen in Deutschland die Krise ausnutzen, um ihre Profite sogar noch zu erhöhen. Sie nennen dieses Phänomen Gewinninflation.

Preissteigerungen und Marktmacht:

Die Autoren zeigen zahlreiche wissenschaftliche Studien auf, die Gewinninflation als einen Grund für die Preisanstiege nennen. Dabei weisen Daten aus unterschiedlichen Ländern, verschiedene Methodiken und internationale Beispiele in dieselbe Richtung. Preissteigerungen zur Erhöhung der eigenen Profite funktionieren nur, wenn Unternehmen Marktmacht besitzen. Auf Märkten für Güter und Dienstleistungen heißt es, es finde keine wirkliche Konkurrenz mehr statt. Einige wenige Unternehmen dominieren einen Sektor so stark, dass sie ihre Preise beinahe beliebig erhöhen können. Die Konsument*innen können nicht auf einen Anbieter ausweichen, weil diese Alternative schlichtweg fehlt. Zusätzlich gilt die Marktmacht auf Arbeitsmärkten. Verhandlungen zwischen individuellen Arbeitnehmer*innen oder

Gewerkschaften und Arbeitgeber*innen bestimmen hier die Verteilung zwischen Löhnen und Unternehmensgewinnen. Marktmacht besitzen die Arbeitgeber*innen, also die Kapitaleseite, wenn es in einer Region nur relativ wenige Unternehmen gibt, die um Arbeitnehmer*innen konkurrieren. Besonders betroffen sind zudem Branchen mit niedriger gewerkschaftlicher Organisierung und vielen niedrig qualifizierten Arbeitnehmer*innen wie das Baugewerbe oder die Landwirtschaft. In der Theorie können Unternehmen mit großer Marktmacht ihre Preise also erhöhen, um ihre Profite zu steigern, ohne dabei die Gehälter ihrer Arbeitnehmer*innen ebenfalls zu erhöhen.

Empirische Analyse:

In einer eigenen empirischen Analyse bringen die Autoren nun die Preissteigerungen und die Energieintensität verschiedener Wirtschaftssektoren in Deutschland in Verbindung. Sie überprüfen die Behauptung, dass die Preissteigerungen vor allem auf die hohen Energiepreise zurückzuführen sind. Preissteigerungen in den letzten zwei Jahren sind besonders in der Landwirtschaft, dem Baugewerbe, dem Dienstleistungssektor für Handel, Verkehr und Lagerei sowie dem Gastgewerbe zu finden. In anderen Sektoren wie der Energie- und Wasserversorgung, dem Bergbau oder der Industrie fielen die Steigerungen vergleichsweise geringer aus.

Die Preise für Energieträger und Rohstoffe sind 2021 und 2022 rapide angestiegen. Ein Blick auf den Energieverbrauch zeigt, dass vor allem die Landwirtschaft, der Berg-

bau und die industrielle Produktion sehr energieintensiv sind. Die Bereiche Handel, Verkehr, Logistik und das Gastgewerbe liegen im mittleren Bereich. Die Energieintensität der anderen Sektoren ist eher gering. Wenn es stimmt, dass vor allem die hohen Energiepreise für die Inflation verantwortlich sind, ist zu erwarten, dass Sektoren, die viel Energie benötigen, auch hohe Preissteigerungen verzeichnen und umgekehrt. Die Autoren zeigen aber auf, dass dieser Zusammenhang nicht für alle Sektoren gilt. „Der energieintensivste Sektor – Bergbau und verarbeitendes Gewerbe – liegt mit den Preissteigerungen im moderaten Bereich [...]. Im Gegensatz dazu sticht das Baugewerbe trotz relativ geringer Energieintensität mit einem hohen Preisanstieg hervor“. Auch die Dienstleistungen des Handels, der Logistik und im Gastgewerbe verzeichnen hohe Preissteigerungen bei mittlerer Energieintensität. In den letzten beiden Sektoren kann die Inflation demnach nicht nur auf die steigenden Energiepreise zurückgeführt werden.

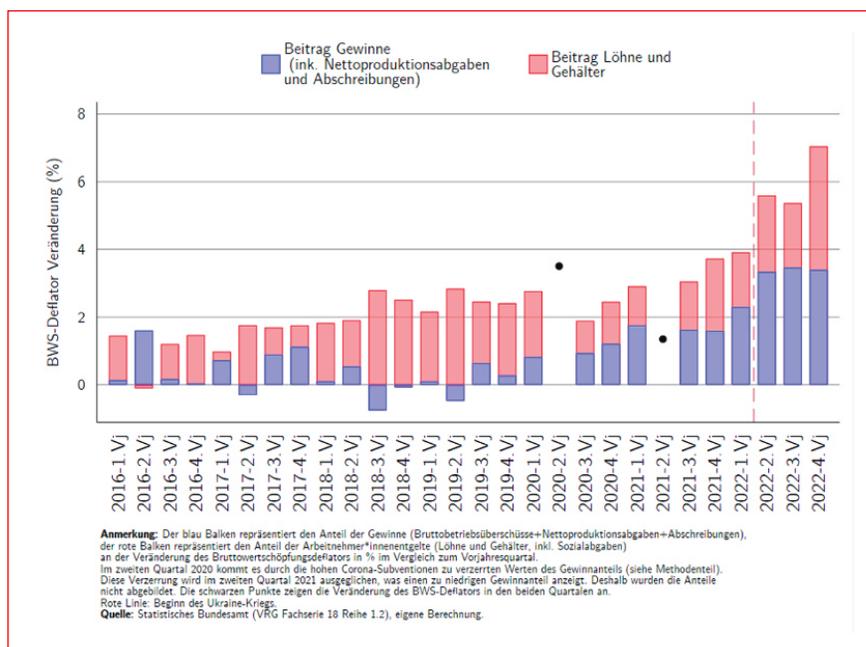
In einem weiteren Schritt untersuchen die Autoren, welcher Teil der beobachteten Preissteigerungen auf Gewinne der Unternehmen entfällt und welcher Teil auf Löhne und Gehälter der Mitarbeiter*innen in den Unternehmen. Im Zeitraum von 2015 bis 2019 floss der Großteil der Preissteigerungen in Lohnerhöhungen. Seit 2020 wachsen mit den Preisen allerdings vor allem die Profite. „Im Jahr 2022 entfiel schließlich ein Großteil des gesamten Preisanstiegs von 5,5% auf den Unternehmensgewinn (3,2%), auf Entgelte für Arbeitnehmer*innen hingegen nur 2,3%“. Gerade in den drei Sektoren mit der höchsten Inflation ist der Anteil der Unternehmensgewinne besonders hoch.

Fazit:

Nicht nur hohe Energiepreise sind die Inflationstreiber der letzten Jahre. Gerade in Branchen, in denen die Preise stark gestiegen sind, haben sich auch die Unternehmensprofite stark erhöht. Die Studie zeigt, „dass die Unternehmen im Jahr 2022 den Löwenanteil der extrem hohen Inflation als Gewinne verbuchten“. Aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten durch die Inflation sind dabei die Reallöhne in Deutschland sogar gefallen. Das bedeutet, „dass die Angestellten und Arbeiter*innen den größten Anteil der wirtschaftlichen Belastungen von zwei Jahren Pandemie und einem Jahr Krieg trugen“. Weil nicht erkennbar ist, an welcher Stelle der Wertschöpfungskette genau die Preise und Gewinne gestiegen sind, fordern viele mehr Transparenz über die Preisgestaltung. Vor allem auf die großen, marktbeherrschenden Handelsunternehmen würde so Druck ausgeübt. Schließlich sehen die Autoren keine Anzeichen für eine Lohn-Preis-Spirale, vor der gewarnt wurde, um Lohnzurückhaltung zu fordern. Vielmehr rät die Studie zu Gewinnzurückhaltung im Baugewerbe, der Landwirtschaft, dem Handel, der Logistik und dem Gastgewerbe.

Markus Nabernegg ist Doktorand der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Siegen. **Steffen Lange** arbeitet an der Universität Siegen und der Humboldt-Universität zu Berlin zu Nachhaltigkeit und Wirtschaft. **Nikolaus von Andrian** arbeitet an der Hochschule für Gesellschaftsgestaltung in Koblenz.

Die vollständige Studie: <https://www.martin-schirdewan.eu/studie-inflation-in-deutschland>



Die Studie zeigt, „dass die Unternehmen im Jahr 2022 den Löwenanteil der extrem hohen Inflation als Gewinne verbuchten“.

Krisengewinner und die Finanzierung der Krisenbewältigung

- ausgewählte Branchen und Unternehmensbeispiele

von Christoph Trautvetter und David Kern-Fehrenbach

Nicht nur die Corona-Krise bescherte einigen Unternehmen hohe Profite. Auch die anschließende Krise ausgelöst durch den russischen Einmarsch in die Ukraine und die explodierenden Preise für Lebensmittel und Energie füllten die Kassen bestimmter Unternehmen und Branchen. Während viele Menschen unter der Lebenskostenkrise leiden, steigt die Zahl der Milliardär*innen und große Unternehmen schütten hohe Dividenden aus. Anhand von sechs Branchen- und Unternehmensanalysen beleuchten die Autoren die Krisengewinner und mit welchen steuerlichen Maßnahmen sie angemessen an der Krisenbewältigung beteiligt werden könnten.

Öl- und Gaskonzerne:

Die Profite der Öl- und Gaskonzerne sind in der fatalen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern begründet. Gerade in Deutschland spielt die Abhängigkeit von russischem Gas eine große Rolle. Schon vor der russischen Invasion stiegen die Preise. Infolge der rückgehenden Lieferungen und schließlich des vollständigen Exportstopps durch Russland stiegen die Preise für Rohstoffe auf den europäischen Märkten erneut massiv an. Der Energiemarkt ist hoch konzentriert. Es gibt nur wenige große, marktbeherrschende Unternehmen wie die russischen Konzerne Rosneft und Gazprom, staatliche verwaltete Produzenten wie den saudiarabischen Konzern Saudi Aramco und börsennotierte Unternehmen wie ExxonMobile und Chevron aus den USA, BP und Shell aus Großbritannien und Total aus Frankreich. Von ihnen sind sowohl Haushalte als auch die Industrie in hohem Maß abhängig. Preissteigerungen wie in den letzten Jahren führen daher nicht direkt zu einer sinkenden Nachfrage, sondern schlagen sich schnell in höheren Gewinnen nieder.

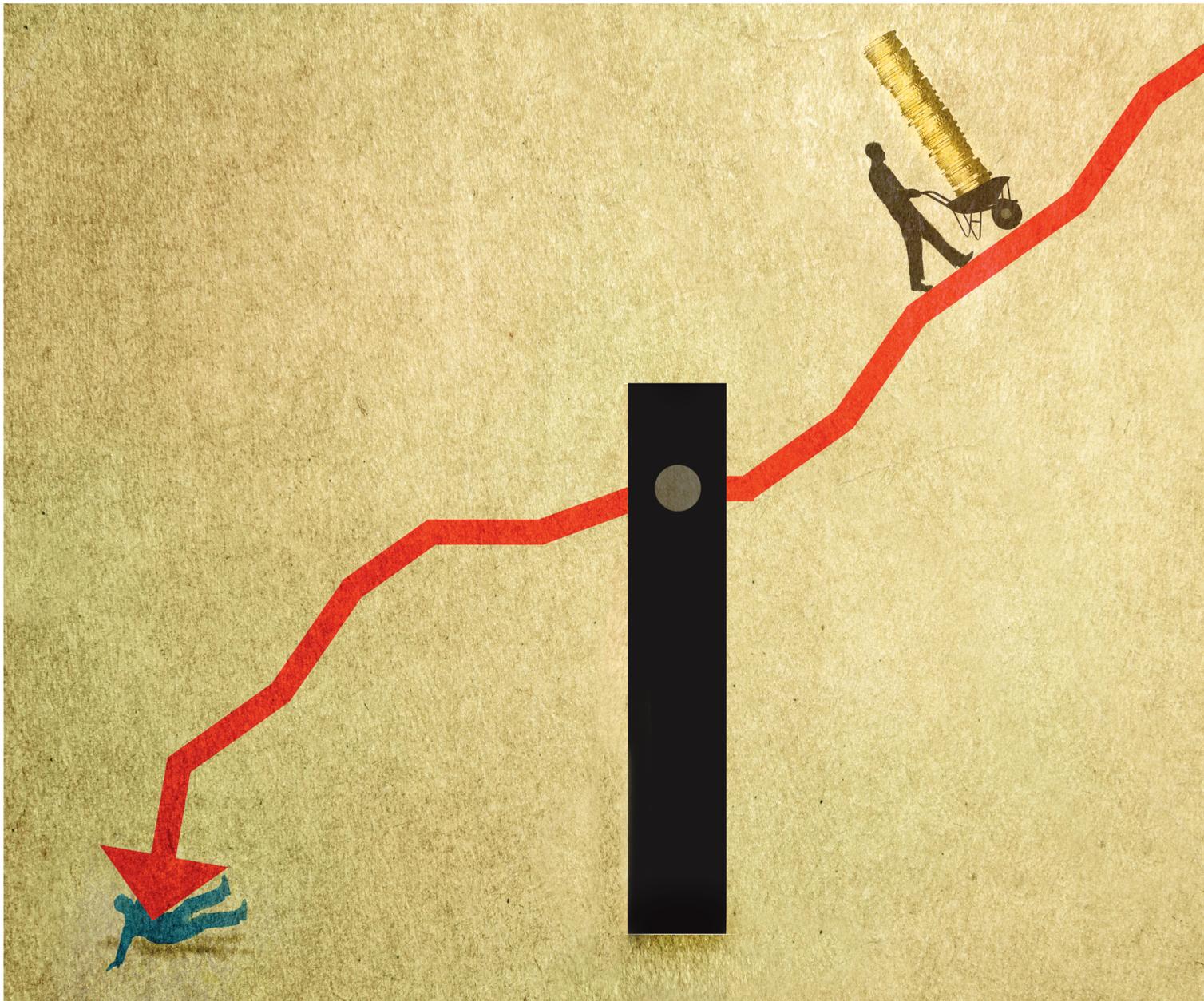
Eine Übergewinnsteuer wäre ein probates Mittel, die Krisenprofiteure aus der Öl- und Gasindustrie an der Krisenbewältigung zu beteiligen. Allerdings sollte sich die Besteuerung an den Umsätzen in den jeweiligen Ländern orientieren und nicht am Geschäftssitz. Vorstöße auf internationaler Ebene nehmen Rohstoffkonzerne allerdings aus Reformplänen aus.

Pharmakonzerne:

Beim Blick auf die Pharmakonzerne wird deutlich, dass diese nur auf Basis staatlicher Grundlagenforschung und massiver Subventionen schnell Covid-19-Impfstoffe entwickeln konnten. Die Profite aus dem Impfstoffverkauf konnten die Unternehmen und Erfinder*innen aber für sich behalten. Auf die 18,8 Mrd. EUR Einnahmen von BioNTech kamen gerade einmal 2,9 Mrd. EUR Herstellungskosten. Pfizer konnte seinen Jahresgewinn auf 21,4 Mrd. EUR verdreifachen. Und schon vor der Pandemie waren viele Pharmaunternehmen äußerst profitabel. Gewinnverschiebung, Steuervermeidung und Lobbyarbeit sind an der Tagesordnung. So gelang es beispielsweise Pfizer 2020 nur 5,3% und 2021 nur 7,6% effektiven Steuersatz zu bezahlen. BioNTech zahlte zwar einen hohen Steuersatz, in der Konsequenz senkten aber die Städte in denen BioNTEch seinen Sitz hat (Mainz und Marburg) ihren Unternehmenssteuersatz, um im Steuerwettbewerb zu punkten. Global wie national könnte ein einheitlicher Mindeststeuersatz Steuervermeidung und -wettbewerb verhindern.

Digitalkonzerne:

Die Gewinne der großen Digitalkonzerne wachsen seit Jahren immens. Die Pandemie verstärkte diese Tendenz, weil



digitale Dienstleistungen an Bedeutung gewannen. Insbesondere Online-Handel und Streaming boomten. Politisch ist es mittlerweile Konsens, dass BigTech-Unternehmen dort mehr Steuern zahlen sollten, wo sie ihre Umsätze erzielen. In der Realität zahlte jedoch beispielsweise Amazon auf seine Rekordgewinne der letzten Jahre nur einen sehr geringen Steuersatz. In Deutschland waren es 2020 nur 43 Mio. EUR. „Nimmt man an, dass der ‚deutsche‘ Gewinn dem weltweiten Durchschnitt entsprechen würde und darauf 30 Prozent Steuern fällig werden würden, müsste Amazon in Deutschland etwa 555 Millionen Euro zahlen“.

Der bisherige Plan der G20, eine Art Übergewinnsteuer für bestimmte Unternehmen einzurichten, würde nach Einschätzung der Autoren kaum zur Steuergerechtigkeit beitragen und muss nachgebessert werden. Eine Paketsteuer, die den lokalen Einzelhandel stärken soll, sehen die Autoren kritisch. Diese würde besonders kleine Onlinehändler*innen treffen und die Marktmacht der großen Player eher noch stärken.

Finanzbranche:

Auch die Finanzbranche gehört zu den Krisengewinnern. 2020 machten Finanz- und Versicherungsdienstleistern weltweit mehr als 770 Mrd. EUR Gewinn. Über ein Viertel der profitabelsten Unternehmen der Welt agieren in diesem Sektor. Die Finanzkrise 2008/2009 und ihre Ursachen scheinen dabei wie vergessen. Auch die Rekordgewinne der letzten Jahre stammen nach wie vor aus risikoreichen Spekulationsgeschäften. Ein Blick auf die Besteuerung zeigt zudem: Gewinnverschiebung und andere Steuervermeidungsstrategien sind im Finanzsektor besonders verbreitet. Das ist besonders fragwürdig, „nicht zuletzt, weil Staaten weltweit immer noch die Schulden aus der Bankenrettung nach der Finanzkrise abzahlen“. Exemplarisch für den Sektor untersuchen die Autoren die Deutsche Bank, die ihre Gewinne von 2020 auf 2021 verdreifachen konnte. Sie profitiert dabei besonders vom Spekulationsgeschäft, unterhält etliche Tochtergesellschaften in Steueroasen und schüttet gleichzeitig exorbitante Boni in der Führungsetage aus.

Krisengewinner

„Eine höhere Besteuerung der Kapitalerträge und der Milliardenvermögen würde keinen einzigen Arbeitsplatz bei BMW gefährden“

Automobilbranche:

Auf den ersten Blick gehörten die Automobilkonzerne zu den Verlierern der Corona-Krise, weil sie während der Lockdowns die Produktion stoppen mussten und mit Lieferkettenproblemen zu kämpfen hatten. Die Branche profitierte aber auch stark von staatlichen Maßnahmen wie der Mehrwertsteuersenkung, der Möglichkeit von Kurzarbeit und der Lockerung von Gesundheitsvorschriften am Arbeitsplatz. 2020 verzeichneten die Automobilkonzerne kleine Gewinneinbrüche, 2021 übertrafen sie aber schon wieder vorige Profite. Die Daten von BMW und Mercedes Benz zeigen, dass der Rückgang der Verkaufszahlen durch die Verlagerung ins hochpreisige Luxussegment ausgeglichen werden konnte. Zudem profitierten beide Unternehmen stark vom staatlichen Kurzarbeitergeld und waren sich nicht zu schade, große Dividenden an ihre Aktionär*innen auszuschütten. Im Hinblick auf die Steuerfrage zeigen die Autoren auf, wie ungerecht Vermögen und Einkommen in Deutschland versteuert werden: Ein*e Krankenpfleger*in muss auf sein*ihre Gehalt und sogar auf die 1500 EUR Corona-Bonus 21,5% Steuern entrichten. Dem gegenüber stehen beispielsweise die Erb*innen des BMW-Konzerns. Der Wert ihrer Unternehmensanteile ist seit dem Erbe etwa um 17 Mrd. EUR angestiegen, hinzu kommen mehrere 100.000 EUR Entschädigung für die Tätigkeit im Aufsichtsrat. Übertragen sie die Dividendenausschüttungen aus 2020 (600 Mio. EUR) und 2021 (1,8 Mrd. EUR) in ihre Holdinggesellschaften, werden darauf etwa 1% Steuern fällig. Dem verbreiteten Mythos halten die Autoren entgegen: „Eine höhere Besteuerung der Kapitalerträge und der Milliardenvermögen würde keinen einzigen Arbeitsplatz bei BMW gefährden und erscheint angesichts der großen Profite selbst in Krisenzeiten angemessen“.

Immobilienbranche:

Große Immobilienkonzerne fahren schon seit Jahren massive Gewinne und jährliche Profitraten von bis zu 20% ein. Lockdown und Homeoffice haben nun nochmals den Platzbedarf und die Bedeutung der eigenen Wohnsituation für viele Menschen erhöht. Gerade in Städten steigen die Mieten weiter rasant an, sodass sie für viele Menschen mehr als 30% ihres Einkommens schlucken. In der Coronakrise ertrugen viele Menschen zusätzliche Einnahmeverluste und leiden noch immer unter den immensen Preissteigerungen der letzten Jahre. Staatliche Maßnahmen sorgten andererseits dafür, dass Vermieter*innen und große Immobilienkonzerne kaum Abstriche machen mussten. So erhöht der Wohnungsriese Vonovia beispielsweise weiter die Mieten und sichert so die hohe Profitrate für seine Aktionär*innen. Von einer durchschnittlichen Jahresmiete von 5500 € fließen 2800 € direkt in deren Taschen. Mit dem Volkentscheid ‚Deutsche Wohnen und Co. enteignen‘ ist ein Weg zu bezahlbarem Wohnraum für alle eigentlich vorgelegt und demokratisch legitimiert. Die Umsetzung der Enteignung ist aber durch den fehlenden politischen Willen von Berliner SPD und Grünen bisher nicht erfolgt. Weil auch CDU und SPD gegen die Entscheidung der Berliner*innen handeln, soll es jetzt einen zweiten Gesetzesvolksentscheid geben.

Auch höhere Abgaben auf Vermögen und Kapitalerträge würde zu Steuergerechtigkeit und einer angemessenen Beteiligung der Immobilienbranche an den Kosten der Krise führen.

Fazit:

Mit Blick auf die Rückkehr zur Sparpolitik muss die Linke die Frage nach gerechter Verteilung der Krisenkosten stellen. Dabei ist zur Erreichung von Steuergerechtigkeit die Beteiligung der großen Krisengewinner*innen der letzten Jahre zentral. Globale Zusammenarbeit bei der Unternehmensbesteuerung mit höheren Steuersätzen und faire Mechanismen zur Verteilung der Einnahmen sind möglich. Ergänzt werden können diese durch kurzfristige Übergewinnsteuern für besonders stark profitierende Branchen. Gewinnverschiebung und Steueroasen müssen entschieden bekämpft werden. In Deutschland müssen sich linke Kräfte für die Besteuerung von hohem Einkommen, Erbschaften und Vermögen stark machen.

Christoph Trautvetter und **David Kern-Fehrenbach** sind wissenschaftliche Referenten beim Netzwerk Steuergerechtigkeit.

Die vollständige Studie: <https://www.martin-schirdewan.eu/studie-energiekonzerne-erwarten-kriegsgewinne-in-billionen-hoehe>

Plattformversagen

Wie Airbnb und die übrigen Kurzzeitvermietungsplattformen die Zusammenarbeit mit den Städten verweigern und weshalb es zum Schutz des Wohnraums starke Regelwerke braucht.

von Murray Cox und Kenneth Haar

Kurzzeitvermietungen haben sich weltweit als Alternative zu Hotels etabliert, besonders in touristischen Hotspots. Über Onlineplattformen wie Airbnb können Mieter*innen und Eigentümer*innen ihre Wohnungen unkompliziert Reisenden zur Verfügung stellen und so Geld verdienen. In den letzten Jahren wird jedoch Kritik an den Praktiken der Vermietungsplattformen und im Hinblick auf die Auswirkungen von Airbnb auf die lokale Bevölkerung in den Städten laut. Die Autoren entlarven das Image der großen Plattformen und zeigen, wie diese auf Kosten der Einwohner*innen ihre Profite machen. Sie zeigen zudem, wie eine effektive Regulierung zum Schutz der Städte und ihrer Bewohner*innen aussehen kann.

Freundliches Image vs. Bittere Realität

Airbnb und Co. verkaufen sich selbst als globale „Communities“ der Reisenden. Wer gerade nicht zuhause ist, vermietet seinen Wohnraum für kleines Geld an andere Reisende. Das System wird „Sharing Economy“ oder „Home Sharing“ genannt. Dieses Bild entspricht allerdings längst nicht mehr der Realität: Der Großteil der Angebote auf den Plattformen stammt von kommerziellen Anbieter*innen. Dies führt in vielen Städten zur Umwandlung von Wohnraum für die Menschen vor Ort in lukrative Quasi-Hotels zur Kurzzeitvermietung. Es werden sogar Neubauten explizit für die Kurzzeitvermietung geplant und Anbieter*innen und Investor*innen angeworben. Airbnb und Co. wurden in den letzten Jahren zu einem wachsenden Problem in (europäischen) Städten. So sind in Prag und New York durch Kurzzeitvermietung schätzungsweise jeweils 15.000 Wohnungen weggefallen, in Paris sogar bis zu

25.000. Die Mietpreise in Barcelona stiegen infolge der Kurzzeitvermietung um 7% an und in New York betrug die jährliche, gesamtstädtische Mietsteigerung 616 Mio. USD.

Intransparenz für die eigenen Profite

Viele Städte regulieren Kurzzeitvermietung über folgende Handlungsfelder: Flächennutzung, Bebauungsplanung, Fremdenverkehr und Wohnungsmarkt. Diese können allerdings kaum überprüft werden, wenn die Plattformen nicht kooperieren. Große Plattformen machen es vielmehr möglich, Wohnungen ohne Anmeldung quasi anonym zu vermieten. Die Anonymisierung wurde durch Airbnb in den letzten Jahren noch erweitert: Standortangaben sind ungenau und Straßennamen wurden aus den Inseraten entfernt. Airbnb begründet dies mit Datenschutz. Die Autoren der Studie verweisen jedoch auf dahinterstehende Profitinteressen. Denn die großen Plattformen profitieren von illegalen, kommerziellen Angeboten. Journalist*innen und Behörden schätzen den Anteil der Angebote, die gegen Vorschriften verstoßen, in Paris auf 60% und in New York auf 85%. Auf journalistische Enthüllungen reagierte Airbnb mit mehr Intransparenz: Die Suchergebnisse auf der Webseite wurden begrenzt und die (teils vorgeschriebene) Genehmigungsnummer aus den Inseraten entfernt. Dieses Vorgehen erschwert die Überprüfung und Kontrolle der Angebote. Öffentlich schieben die plattformbetreibenden Unternehmen die Verantwortung für illegale Angebote auf die Anbieter*innen. Die Autoren zeigen, dass die Unternehmen illegale Angebote nicht nur tolerieren, sondern im eigenen Profitinteresse fördern.



Plattformökonomie

Regulierungen im Sinne der lokalen Bevölkerung

Detaillierte Fallbeispiele aus Amsterdam, Barcelona, Berlin, New York, Paris, Prag, San Francisco und Wien zeigen, mit welchen Mitteln die Städte versuchen, den Problemen der Kurzzeitvermietung zu begegnen. Zum einen stellen sie Regeln für die Zulässigkeit von Kurzzeitvermietung auf: So verbieten die Städte beispielsweise Kurzzeitvermietung in bestimmten Vierteln oder bei Sozialwohnungen. Oder sie legen eine jährliche Höchstzahl an Übernachtungen fest, um die kommerzielle Nutzung unattraktiv zu machen. Zum anderen versuchen die Städte, wirksame Kontroll- und Durchsetzungsmechanismen zu etablieren: Mit Melde- bzw. Genehmigungspflichten werden Plattformen zur Kooperation angehalten.

In Amsterdam gab es beispielsweise Stadtteile, in denen jede neunte Wohnung auf Kurzzeitvermietungsplattformen gelistet war und die lokale Bevölkerung verdrängt wurde. Seit 2014 fährt die Stadt deshalb einen strengen Kurs gegenüber den Plattformen: „Damals erließ die Stadt ein Verbot, Sozialwohnungen [...] für Kurzvermietungsgeschäfte zu nutzen und gestattete nur noch gelegentliche (maximal 60 Übernachtungen/Jahr) Vermietungen durch den Hauptbewohner. Zudem wurde die Vermietung von Zimmern eingeschränkt, beispielsweise auf max. vier Personen pro Buchung.“ Mit breiter Unterstützung der Bevölkerung wurden die Maßnahmen nach und nach verschärft.

Barcelona, Berlin, Paris und San Francisco führten, angepasst an ihre lokalen Kontexte, ebenfalls Melde- bzw. Genehmigungspflichten ein, um auf spezifische Probleme eigenständig reagieren zu können.

Juristische Gegenangriffe der Plattformen

Airbnb und Co. beugen sich jedoch nicht einfach den Regulierungen der Städte. Ganz im Gegenteil: Die Plattformen zwingen die Städte immer wieder in zeit- und ressourcenfressende Gerichtsverfahren. Sie weigern sich so lange, die Vorschriften zu verfolgen, bis sie verklagt werden oder fechten die Regulierungen an. Gerade gegenüber kleineren Städten mit begrenzten personellen Ressourcen reicht oft schon die Androhung einer Klage, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Zudem unterstützen Airbnb und Co. Gastgeber*innen, die gegen Regulierungen klagen. Die Autoren sprechen dabei von einem Missbrauch des Rechtsweges durch Plattformunternehmen. Außerdem nutzen die Unternehmen das Herkunftslandprinzip der EU aus. Weil sich der Unternehmenssitz von Airbnb im

Airbnb und Co. beugen sich jedoch nicht einfach den Regulierungen der Städte. Ganz im Gegenteil: Die Plattformen zwingen die Städte immer wieder in zeit- und ressourcenfressende Gerichtsverfahren.

Steuerparadies Irland befindet, können die Verfahren zu Lasten der Städte ins irische Rechtssystem gezogen werden. Airbnb und Co. üben so Druck auf die Städte aus, um Verhandlungen statt Regulierungen zu erwirken. Sie sprechen dabei von gemeinsamen Interessen und Zielen, verschweigen jedoch einen zentralen Konflikt: die Interessen der Städte hinsichtlich der Beschränkungen von Kurzzeitvermietung, der Nachhaltigkeit oder des Wohnungsmarkts stehen den Profitinteressen der Plattformen fundamental entgegen. Zur Durchsetzung der eigenen Ziele bieten die Plattformen den Städten häufig die Zahlung von Steuern an, um sie zufriedenzustellen. Erfahrungen zeigen allerdings, dass daraufhin andere politische Ziele nicht erreicht wurden. Der Weg der EU-weiten Regulierung wird deshalb mittlerweile von vielen europäischen Städten bevorzugt und empfohlen.

Murray Cox ist Datenaktivist bei Inside Airbnb. **Kenneth Haar** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei „Corporate Europe Observatory“.

Die vollständige Studie: <https://www.martin-schirdewan.eu/plattformversagen>

Gewinnverschiebung

Fakten und politische Reformen

von Petr Janský

Was ist Gewinnverschiebung?

Gewinnverschiebung bedeutet, dass Konzerne, die global in verschiedenen Ländern tätig sind, ihre Gewinne durch konzerninternen Handel von einer Tochtergesellschaft zu einer anderen verschieben. Die Gewinne werden dabei aus Ländern mit vergleichsweise hohen Unternehmenssteuersätzen in Länder verschoben, deren Steuersätze deutlich niedriger ausfallen. Solche Länder werden auch Niedrigsteuerländer oder Steueroasen genannt. Den Ländern, in denen die Gewinne erwirtschaftet wurden, gehen somit Steuereinnahmen verloren. Dieses Geld fehlt für gesellschaftliche Infrastruktur und einen starken Wohlfahrtsstaat, von dem die breite Bevölkerung profitiert. Die Investor*innen der multinationalen Unternehmen (MNU) freuen sich hingegen über niedrige Abgaben und hohe Profite. Steuervermeidung wird so zur Umverteilung von unten nach oben. Der Autor der Studie untersucht, wie ausgeprägt Gewinnverschiebung in der EU ist und wie dagegen vorgegangen werden könnte.

Gewinnverschiebung in der EU

Wie groß das Problem der Gewinnverschiebung in der EU ist, lässt sich nur schätzen. Die Methoden, die dazu genutzt werden, sind aber in den letzten Jahren recht präzise geworden.

Die Methoden können zeigen, dass es in der EU sowohl Ausgangs- als auch Zielländer von Gewinnverschiebung gibt: Zwei Drittel der EU-Staaten erleiden Steuerverluste, die größten Ökonomien Deutschland und Frankreich verlieren dabei am meisten. Gemeinsam mit den USA sind sie die am stärksten von Gewinnverschiebung betroffenen Länder weltweit. Allein aus Deutschland werden jährlich 97 Mrd. EUR verschoben. So gehen 19,5 Mrd. EUR an Steuereinnahmen verloren, was 30% der gesamten Einnahmen aus der Körperschaftsteuer entspricht. Andere Staaten – allen voran die Niederlande, aber auch Irland und Luxemburg – profitieren hingegen von der Gewinnverschiebung. Zwei Drittel der in EU-Ländern verschobenen Gewinne, etwa 134 Mrd. EUR landen in den Niederlanden. Auch nach Irland und Luxemburg werden mit 27 Mrd. EUR bzw. 17 Mrd. EUR signifikante Summen verschoben. Bei der Betrachtung dürfen die kleineren Ökonomien nicht außer Acht gelassen werden. Denn auch bei diesen sind die verlagerten Gewinne und Steuerverluste im Verhältnis zur nationalen Wirtschaftsleistung bzw. dem gesamten Steueraufkommen sehr hoch. Die genauen Schätzungen für alle EU-Staaten finden sich in der Studie.

Insgesamt ist die EU als Wirtschaftsraum jedoch Verliererin von Steuervermeidung und Gewinnverschiebung. 302 Mrd. EUR werden insgesamt aus EU-Ländern heraus verschoben,

Die größten Verlierer innerhalb der EU:

Land	Gewinnverschiebung aus dem Land (in Millionen USD)	Gewinnverschiebung aus dem Land (in % der globalen Gewinnverschiebung)	Gewinnverschiebung aus dem Land (in % vom nationalen BIP)	Steuerverlust (in Millionen USD)	Steuerverlust (in % vom gesamten nationalen Steueraufkommen)	Steuerverlust (in % des gesamten nationalen Unternehmenssteueraufkommens)
Deutschland	101.907	10,25	2,75	20.585	2,43	30,95
Frankreich	91.048	9,16	3,38	17.572	2,31	27,45
Italien	50.226	5,05	2,46	8.137	1,32	17,86

Die größten Gewinner innerhalb der EU:

Land	Gewinnverschiebung in das Land (in Millionen USD)	Gewinnverschiebung in das Land (in % der globalen Gewinnverschiebung)	Gewinnverschiebung in das Land (in % vom nationalen BIP)	Steuergewinn (in Millionen USD)	Steuergewinn (in % vom gesamten nationalen Steueraufkommen)	Steuergewinn (in % des gesamten nationalen Unternehmenssteueraufkommens)
Niederlande	140.896	14,19	16	6.904	4	31
Irland	28.052	2,83	9	2.273	4	30
Luxemburg	17.536	1,77	27	3.16	2	10

nur 215 Mrd. EUR in Mitgliedstaaten hinein. Der EU-weite Verlust beträgt dabei 50 Mrd. EUR, während nur 11 Mrd. EUR an Steuereinnahmen durch Gewinnverschiebung dazukommen. Die Ergebnisse aus der EU verdeutlichen, was theoretisch schon klar ist: Gesamtgesellschaftlich ist Gewinnverschiebung ein Verlustgeschäft, da in den Steueroasen immer weniger Steuern gezahlt werden als in den Ländern, in denen die Gewinne erwirtschaftet wurden.

Politische Diskussion um Gewinnverschiebung

In den letzten Jahren stießen wissenschaftliche und journalistische Veröffentlichungen wie die LuxLeaks (2014), Panama Papers (2016) und Paradise Papers (2017) eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema Steuergerechtigkeit an. Dass Steuervermeidung ein Problem darstellt, das bekämpft werden muss, wird mittlerweile erkannt. Zwar gibt es einige wichtige Transparenzvorschriften für Unternehmen in der EU, trotzdem schafft es die EU seit Jahren nicht, Gewinnverschiebung und Steuervermeidung effektiv zu bekämpfen und bleibt hinter den Erwartungen von Expert*innen zurück. Bisherige Rechtssetzungen hatten nur begrenzte Effekte. Ambitioniertere Vorhaben scheiterten an der Ablehnung einiger Mitgliedstaaten.

Dennoch werden derzeit mehrere politische Antworten auf nationaler, europäischer und globaler Ebene diskutiert. Am bedeutendsten ist hier der Ansatz der OECD, der auf zwei Säulen beruht. Die erste Säule zielt darauf ab, das Besteuerungsrecht auf die Länder zu übertragen, in denen die Profite tatsächlich gemacht werden, also in denen die Kund*innen oder Nutzer*innen der MNU leben. In der Theorie könnte dies eine große Veränderung bewirken. Allerdings wurde die Wirksamkeit dieser Säule immer stärker verwässert. Die zweite Säule ist hingegen vielversprechender. Sie zielt auf einen globalen Mindeststeuersatz ab. Das bedeutet, dass sich alle kooperierenden Länder auf einen Unternehmenssteuersatz einigen, der nicht unterschritten werden darf. Über Gewinnverschiebung kann so keine Steuervermeidung mehr stattfinden.

Allerdings ist der Verwaltungsaufwand eines solchen Vorhabens sehr groß. Außerdem sind die Staaten in ihrer Steuerpolitik eingeschränkt und es gibt weiterhin mögliche Schlupflöcher. Der Erfolg eines globalen Mindeststeuersatzes hängt also stark von der rechtlichen Vereinheitlichung und der Höhe des festgelegten Steuersatzes ab. Dabei gilt: Steueroasen verlieren zwar, doch die meisten Länder profitieren von einer globalen Mindeststeuer. Je höher der Steuersatz dabei ausfällt, desto höher die gewonnenen Steuereinnahmen. Die erzielte Einigung auf einen Steuersatz von 15% ist dabei zu gering und lässt zu viele Spielräume zu.

Fazit

Gewinnverschiebung ist ein großes Problem, das die Staatskassen und große Teile der Bevölkerung vieler Länder belastet. Aber auch Unternehmen, die faire Steuern bezahlen, werden benachteiligt. Bei guten gesetzlichen Regelungen sollten Steueroasen die größten Verliererinnen sein. Dabei ist der effektive Steuersatz zentral. Ein Mindeststeuersatz soll den effektiven Steuersatz der Länder vereinheitlichen. Je höher dieser Mindeststeuersatz ausfällt, desto weniger Steuervermeidung kann stattfinden. Zudem sollten Ausnahmeregelungen bei Steuerreformen möglichst begrenzt werden. Auch globale Verteilungsfragen spielen eine wichtige Rolle. Dominieren reiche Länder die politischen Prozesse, werden sie höchstwahrscheinlich die Gewinner der neuen Regelungen sein. Linke politische Kräfte müssen weiterhin für eine gerechte Besteuerung von großen Unternehmen und einen hohen Mindeststeuersatz kämpfen. Eine progressive Politik sollte darauf abzielen, dass viele Länder und ihre Bevölkerungen von Steuergerechtigkeit profitieren.

Petr Janský ist Direktor der CORPTAX Forschungsgruppe am Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Charles Universität in Prag.

Die vollständige Studie auf Englisch: <https://www.martin-schirdewan.eu/wp-content/uploads/2021/06/210630-Profit-shifting-EU.pdf>

Dynamiken der radikalen Rechten im Europäischen Parlament

von Daniel Eppler

Im Jahr 2022 trat die ungarische Fidesz-Partei aus der konservativen Fraktion (EVP) aus und ihr Chef, der ungarische Ministerpräsident Victor Orban, kündigte eine Neuordnung im Europäischen Parlament an. Bis Januar 2022 gab es mehrere Treffen hochrangiger Politiker*innen europäischer Rechtsparteien. Sie betonten gemeinsame Werte und kündigten Zusammenarbeit auf europäischer Ebene an. Im Juli 2021 unterzeichneten 16 Parteien das Papier zur Gründung des „Bündnis gegen EU-Zentralismus“. Die Studie nimmt diese Dynamiken und Akteur*innen in den Blick und analysiert, was sie verbindet, was sie trennt und welche Szenarien im Europäischen Parlament denkbar wären.

Rechte Fraktionen im EU-Parlament

Aktuell ist die radikale Rechte im Europäischen Parlament in zwei Fraktionen organisiert: (1) Die Fraktion Identität und Demokratie (ID) wurde nach der letzten Europawahl 2019 von der italienischen Lega-Partei, dem französischen Rassemblement National (RN) und der Alternative für Deutschland (AfD) gegründet und hat 62 Mitglieder. (2) Die Fraktion der europäischen Konservativen und Reformer (EKR) wurde 2009 gegründet und ist mittlerweile vor allem durch die polnische Prawo i Sprawiedliwość (PiS) geprägt. Sie hat 66 Mitglieder.

Wankende Hegemonie in Ungarn und Polen?

Die mächtigsten europäischen Rechtsparteien sind seit einiger Zeit die ungarische Fidesz und die polnische PiS. Beide genießen als Regierungsparteien große Zustimmung in ihren Ländern. Hier greifen sie systematisch Rechtsstaatlichkeit, die Unabhängigkeit der Justiz und die Pressefreiheit an. Formuliertes Ziel ist die „illiberale Demokratie“. Im Europäischen Parlament hat die PiS eine machtvolle Position in der

EKR-Fraktion. Die Fidesz sucht nach dem Austritt aus der konservativen EVP-Fraktion neue Bündnisse. Doch der Druck auf die Parteien wird größer: durch nationale Oppositionskräfte und die EU, die wegen rechtsstaatlicher Verstöße droht, finanzielle Mittel zu streichen.

Normalisierte Rechte in Italien und Frankreich

Auch in Italien und Frankreich ist der Rechtsradikalismus schon lange normalisiert. Marine Le Pen, Parteichefin des französischen RN, erreichte bei der Präsidentschaftswahl 2022 über 40% der Stimmen. In Italien wurde die rechtsradikale Lega unter Matteo Salvini von der jetzigen Ministerpräsidentin Georgia Meloni mit ihrer faschistischen Fratelli d'Italia (FdI) noch überholt. RN und Lega spielen in der ID-Fraktion eine zentrale Rolle. Die FdI, aktuell noch eine kleine Gruppe in der EKR-Fraktion, könnte von der kommenden Europawahl stark profitieren.

Neuzugänge und Comeback in Spanien, Portugal und Belgien

Neuzugänge der europäischen Rechten gibt es aus Spanien und Portugal. Die 2013 gegründete Vox mobilisiert in Spanien mit ihrem christlich fundierten Antifeminismus und großspanischen Nationalismus. Nach schnellem Aufstieg kooperiert Vox bereits mit den spanischen Konservativen auf regionaler Ebene. Steiler war nur der Aufstieg der 2019 gegründeten portugiesischen Chega!, die bereits 2022 drittstärkste Kraft bei den nationalen Wahlen wurde. Beide Parteien könnten ihre Position auf europäischer Ebene bei der Europawahl deutlich verbessern. Das gleiche gilt für den belgischen bzw. flämisch-nationalistischen Vlaams Belang (VB), der seit 2019 quasi ein rechtsradikales Comeback feiert.

Nordisches Modell des Rechtsradikalismus?

In den skandinavischen Ländern sprechen viele von einem nordischen Modell des Rechtsradikalismus, das sich durch erfolgreiche Koalitionen mit konservativen Parteien und die Abkehr vom neoliberalen Modell auszeichnet. Zu nennen sind die Dansk Folkeparti (DF), die finnische Perus und die Schwedendemokraten (SD). Die Übernahme rechter Positionen durch andere Parteien machen die Rechte in Dänemark aktuell eher überflüssig. In Schweden jedoch sind die SD aktuell zweitstärkste Kraft und haben erheblichen Einfluss auf die Regierung. Auch die Perus ist seit 2019 auf Erfolgskurs. Europapolitisch eher weniger bedeutend wird den Parteien dennoch ein gewisser Vorbildcharakter für erfolgreiche rechtsradikale Politik zugeschrieben.

Weitere Akteur*innen auf der Bühne der Radikalen Rechten

Weitere Parteien, die Regierungserfahrung in mögliche Bündnisse mitbringen könnten, sind die aktuell äußerst erfolgreiche Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ), die estnische EKRE und die Slowenische Demokratische Partei (SDP). Regierungsbeteiligungen verleihen der radikalen Rechten nicht nur den Anschein bürgerlicher Seriosität, sondern sind auch mit politischer Macht in den EU-Institutionen verbunden.

Die Alternative für Deutschland (AfD) bleibt im Gegensatz zu anderen Parteien unfreiwillig exkludiert. Forderungen wie die Auflösung der EU bieten anderen Rechtsparteien keine Grundlage für eine Zusammenarbeit. Detaillierte Informationen zu den einzelnen Parteien finden sich in der Broschüre.

Gemeinsame Ideologie von Populismus, Rassismus und Antifeminismus

Die Zusammenarbeit der europäischen radikalen Rechten fußt auf einer gemeinsamen Ideologie trotz nationaler Besonderheiten. Der viel diskutierte Populismus beschwört ein homogenes Volk, das von der regierenden Elite unterdrückt werde. Die rechtsradikalen Parteien wännen sich als charismatische Vertreter*innen des „wahren Volkswillens“ im Sinne einer völkisch-autoritären „Demokratie“. Das zentrale Thema ist die Ablehnung von Migration. Sie fußt auf rassistischen Vorstellungen von einer „rückschrittlichen Kultur der Anderen“, die nicht mit der eigenen vereinbar sei. Migration wird zur Gefahr erklärt, vor der Europa sich durch Abschottung schützen müsse. Verschwörungserzählungen vom „Großen Austausch“ und der „Islamisierung des Abendlandes“ werden immer wieder reproduziert. Als „Gefahr im Inneren“ wird der Feminismus (oder diffamierend die „Gender-Ideologie“) gesehen. Dieser bedrohe die Familien und die natürliche Reproduktion des Volkes. Die bürgerliche Kleinfamilie ist das Zentrum rechter Sozialpolitik. Sexuelle, geschlechtliche und körperliche Selbstbestimmung wird abgelehnt. Gerade hier finden sich Verbindungen zum religiös begründeten Konservatismus.

Die radikale Rechte will ein völkisches Europa. In ihrer aktuellen Form zerstöre die EU die nationale Identität der Mitgliedstaaten. Ihre eigentliche Aufgabe sei der Schutz der Grenzen und die Abschottung. Viele rechte Parteien lehnten die EU vor einigen Jahren noch vollständig ab. Die Bündnis-papiere deuten aber eher auf eine Veränderung von Innen. Diese steht für eine „Rückbesinnung“ auf traditionalistische Werte, die „Wiederherstellung“ verlorener nationaler Souveränität, radikale Abschottung und Protektionismus.

Uneinigkeit in der Russlandpolitik

Über Jahre hinweg unterstützte der Kreml systematisch europäische Rechte bspw. in Ungarn, Italien, Frankreich und Österreich, die so zum Sprachrohr für russische Propaganda wurden. Allerdings stehen ihnen Parteien wie die PiS und weitere osteuropäische Rechtsparteien gegenüber. Sie sehen im russischen Imperialismus eine reale und akute Gefahr und pflegen deshalb starke Beziehungen zur NATO und den USA. Viele westeuropäische Rechte positionieren sich dagegen eher antiamerikanisch. Der russische Angriff auf die Ukraine vertiefte den Konflikt weiter: „Die zentrale Achse der europäischen Rechten zwischen Warschau und Budapest ist [...] geschwächt wie nie“.

Wirtschaftspolitisch haben sich die Rechtsparteien mittlerweile mehr oder weniger auf einen nationalistischen Protektionismus geeinigt. Über Deregulierungen und Steuersenkungen für nationale Unternehmen, protektionistische Handelsbeziehungen und eine nationalistische Sozialpolitik soll die „natürliche“ Wirtschaftsordnung wiederhergestellt werden. Uneinigkeit herrscht auch in der Budget- und Haushaltspolitik sowie in der Frage nach einem europäischen Verteilungsmechanismus von Geflüchteten.

Ausblick und Bewertung:

Von den verschiedenen diskutierten Umstrukturierungsszenarien im Europäischen Parlament ist bis dato noch keines eingetreten. Der russische Angriffskrieg hat die Dynamik zum Erliegen gebracht. Zuvor wurde befürchtet, es könne noch vor den parlamentsinternen Wahlen 2022 zu einer rechten Superfraktion kommen. Jetzt liegt der Blick auf der Europawahl 2024. Die Möglichkeit einer rechten Großfraktion als dritt- oder sogar zweitstärkte Kraft im Europäischen Parlament bleibt. Die Umfragen und Wahlergebnisse in vielen Mitgliedstaaten lassen nichts Gutes erhoffen. „Die gemeinsamen Erklärungen und die Eröffnung eines Büros zur Koordinierung der Zusammenarbeit müssen als qualitativer Schritt der europäischen Integration des Rechtsradikalismus erkannt werden. In der langfristigen Perspektive erscheinen so mutmaßlich ‚gescheiterte‘ Szenarien im Jahr 2021 weniger bedeutsam“.

Daniel Eppler war 2022 Praktikant im Büro von Martin Schirdewan und absolviert derzeit einen Master an der Freien Universität Berlin.

Die vollständige Studie: <https://www.martin-schirdewan.eu/broschuere-rechtsradikale-im-europaeischen-parlament>

Übergewinnsteuer

Schätzung der potenziellen Steuereinnahmen in der Europäischen Union

von Evgeniya Dubinina, Javier Garcia-Bernardo, Petr Janský

Das Steueraufkommen ist in der Corona-Krise massiv zurückgegangen. Gleichzeitig sacken die Unternehmen einiger Branchen exorbitante Gewinne ein. Für die Finanzierung der Krisenbewältigung wurde daher auch in Deutschland die Einführung einer Übergewinnsteuer diskutiert. Diese Idee geht auf die Zeit des Ersten Weltkriegs zurück. Damals schöpften Frankreich, Großbritannien und die USA Übergewinne von Unternehmen ab, um ihre Kriegsausgaben zu finanzieren. Die Autor*innen der Studie berechneten das Steueraufkommen für eine mögliche Übergewinnsteuer in der EU für das Jahr 2020.

Methodik

Die Corona-Krise traf die verschiedenen Wirtschaftssektoren extrem unterschiedlich. Ein Großteil der Unternehmen litt unter erheblichen Umsatzverlusten. Einige Unternehmen, insbesondere in der Pharmabranche, dem Tech-Sektor, der Versorgung und der Telekommunikation, konnten ihre Profite im Gegensatz dazu aber sogar steigern. Die Studie arbeitet mit neuesten wissenschaftlichen Methoden und umfangreichen Daten, um die Mehrgewinne durch die Krise zu berechnen. Dafür werden die durchschnittlichen Gewinne der letzten Jahre (2014-2019) bestimmt und mit den Gewinnen aus dem Jahr 2020 verglichen. Berücksichtigt werden zudem generelle (Wachstums-)Trends der Branchen. Die Autor*innen greifen dabei auf die sogenannte ‚Bureau van Dijk’s Orbis database‘ zurück. Diese Datenbank sammelt Informationen über alle multinationalen Unternehmen mit mehr als 100 Mio. USD Umsatz, die einen Sitz in der EU haben.

Darüber hinaus nutzen die Autor*innen die Beschäftigungszahlen, um die weltweiten Übergewinne den einzelnen Ländern zuzuordnen, in denen sie entstehen. Richtet man sich danach, wo die Gewinne versteuert werden, bleibt das Problem der Gewinnverschiebung. Um Steuern zu vermeiden, schieben große multinationale Konzerne ihre Gewinne in Länder mit niedrigen Steuersätzen. Diese Praxis verzerrt die Entstehung von Übergewinnen und damit die Aussagen über die Auswirkungen einer Übergewinnsteuer. Details zur Methodik und den Berechnungen lassen sich in der Studie finden.

Ergebnisse: Übergewinne in der EU

Mit den genutzten Daten können die Autor*innen 1.763 Länder identifizieren, die 2020 weltweit rund 364 Mrd. EUR an Übergewinnen erzielten. Die größten Übergewinne wurden allerdings von Unternehmen mit Sitz in den USA und Japan gemacht. Dennoch betrug auch die Übergewinne von in der EU ansässigen Unternehmen und Tochtergesellschaften rund 48,5 Mrd. €. Vor allem in Deutschland und Frankreich wurden diese Profite erzielt.

Die Autor*innen schlagen nun verschiedene mögliche Steuersätze für eine Übergewinnsteuer vor: Die EU-Mitgliedsstaaten könnten bei einem Steuersatz von 10% rund 5 Mrd. EUR an Übergewinnen abschöpfen. Bei einer 30-prozentigen oder 50-prozentigen Steuer wären es 15,9 Mrd. EUR bzw. 25 Mrd. EUR. Ein 70-prozentiger Steuersatz generiert sogar 35 Mrd. EUR an zusätzlichen Einnahmen.

Fazit

Die Studie leistet einen wichtigen Beitrag zur Debatte über die Übergewinnsteuer, indem sie konkrete Zahlen liefert, auf dessen Grundlage diskutiert werden kann. Das mögliche zusätzliche Steueraufkommen lag demnach allein im Jahr 2020 im zweistelligen Milliardenbereich. Eine Übergewinnsteuer ist somit ein starkes Instrument, um auch die Profiteure*innen an den Krisenkosten zu beteiligen. Spezifisch statt durchgehend eingesetzt, ist die Übergewinnsteuer effizient und nicht-wettbewerbsverzerrend. Auch das Problem der Steuervermeidung kann durch eine detaillierte Gestaltung verhindert werden.

Evgeniya Dubinina ist Doktorandin am Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Charles Universität in Prag. **Javier Garcia-Bernardo** ist Assistenzprofessor im Social Data Science Team an der Universität Utrecht. **Petr Janský** ist Direktor der CORPTAX Forschungsgruppe am Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Charles Universität in Prag.

Die vollständige Studie auf Englisch: <https://left.eu/issues/publications/excess-profits-tax>

Weitere Informationen zu meiner Arbeit
im Europaparlament gibt es hier:

 martin-schirdewan.eu

 [mschirdewan](https://www.facebook.com/mschirdewan)

 [schirdewan](https://twitter.com/schirdewan)

 [schirdewanmartin](https://www.instagram.com/schirdewanmartin)

Und in meinen Wahlkreisbüros in Thüringen
und Niedersachsen:

Wahlkreisbüro Jena
Martin Schirdewan, MdEP
Arvid-Harnack Str. 1, 07743 Jena

Mobil: +49 1606596034
Telefon: +49 3641 2232942

Wahlkreisbüro Hannover
Martin Schirdewan, MdEP
Goseriede 8, 30159 Hannover
Telefon: 0511 45008852